

## 206. Sitzung des Grossen Gemeinderates

22. Juni 2009, 17:00 Uhr, Gemeindsaal Lötschberg, Spiez

Vorsitz	Ursula Zybach, GGR-Präsidentin
Anwesende Mitglieder	<p>EDU Barbara Gradwell</p> <p>EVP Godi Bärtschi Andreas Bürki Anna Fink Markus Kiener Markus Wenger</p> <p>FDP Reto Gerber Philipp Giesser Urs Gurtner Daniel Lanz Monika Lanz</p> <p>FS Martin Fink Evi Hürlimann (ab 17.35 Uhr) Pia Hutzli Theres Indermühle</p> <p>GS Klaus Aegerter Bastian Christen Nadja Keiser (bis 20.50 Uhr) Philipp Zimmermann</p> <p>SP Eliane Baumann Peter Beyeler Irma Grandjean Bernhard Hauck Walter Holderegger Susanne Kaiser Albert Trummer Ursula Zybach</p> <p>SVP Kurt von Känel Peter Kislig Peter Luginbühl Urs Maibach Paul Müller Marianne Roe Jürg Staudenmann Rudolf Thomann</p>
Anwesend zu Beginn	34 Mitglieder; der Rat ist beschlussfähig
Jugendrat	--

Sekretär	Konrad Sigrist	
Protokollführer	Adrian Zürcher	
Presse	Svend Peternell Marco Trummer Hanspeter Maurer Simon Schmutz	Berner Oberländer / Thuner Tagblatt do. Radio BeO
ZuhörerInnen	ca. 10 Personen	
Vertreter Gemeinderat	Franz Arnold Klaus Brenzikofer Jolanda Brunner Ursula Erni Kurt Frei Christoph Hürlimann Stefan Kocherhans	SP SVP SVP EVP SP FS FDP
Abteilungsleiter	Daniel Bock, Leiter Soziale Dienste Stefan Christen, Finanzverwalter Heinz von Gunten, Bauverwalter Renato Heiniger, Polizeiinspektor Ernst Mäder, Steuerverwalter/EDV-Verantwortlicher Ernst Steffen, AHV-Zweigstellenleiter	
Entschuldigt	Ernst Hautle (Ferien)	FDP

## ERÖFFNUNG

**Die Vorsitzende** begrüsst die Mitglieder beider Räte, die Abteilungsleiter, die Vertreter der Medien, den Sekretär, den Protokollführer, sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer zur 206. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Spiez.

Sie gratuliert Nadja Keiser zur Geburt ihres Sohnes Basil Flurin vom 30. Mai 2009 recht herzlich.

Anlässlich der Volksabstimmung vom 17. Mai 2009 wurden in Spiez folgende Resultate erzielt:

- Komplementärmedizin	2406 Ja : 1109 Nein
- Einführung biometrischer Pass	1791 Ja : 1698 Nein

### Traktandenliste

45. Protokoll der Sitzung vom 27. April 2009
46. Sicherheitskommission / Ersatznominierungen SP
47. Verwaltungsbericht 2008
48. Gemeinderechnung 2008
49. Schulreglement / 2. Lesung
50. Gemeindeliegenschaften Gygerweg 39/49 / Verkauf
51. Liegenschaften des Finanzvermögens / Verkauf
52. Ortsmarketing Spiez / Wahl Modell Spiez Marketing AG, Gemeindebeitrag

53. Ortsplanungsrevision / Verpflichtungskredit von Fr. 325'000.00
54. Uferweg Weekendweg Einigen / Verpflichtungskredit von Fr. 346'000.00
55. Informationen des Gemeindepräsidenten
56. Verschiebung Datum Läset-Sunntig / EA B. Gradwell (EDU)
57. Reduktion der Schulleitungen / EA B. Gradwell (EDU)
58. 2-jähriger Kindergartenbesuch / EA P. Hutzli (FS)
59. Aufenthalt Team Kanada in Spiez / EA U. Maibach (SVP)
60. Auflösung Partnerschaft Prachatice / EA J. Staudenmann (SVP)
61. Schulhaus Räumli / Motion SVP-Fraktion (J. Staudenmann)

## V e r h a n d l u n g e n

### 45 13 Protokoll

#### Protokoll der Sitzung vom 27. April 2009

Die falsche Parteibezeichnung bei Theres Indermühle wurde im Originalprotokoll bereits korrigiert.

Das Protokoll wird genehmigt.

### 46 1.500 Kommissionen

#### Sicherheitskommission / Ersatznominierungen SP

##### Beschluss (einstimmig)

Als neue Mitglieder der Sicherheitskommission wählt der Grosse Gemeinderat

- gestützt auf Art. 42 c) der Gemeindeordnung
- auf Vorschlag der SP Spiez

Herr **Walter Holderegger**, geb. 1943, pens. Lokführer, Mühlegässli 11, 3700 Spiez. Der Amtsantritt erfolgt per 1. Juli 2009; die Amtsdauer endet am 31. März 2013

Herr **Adrian Mosimann**, geb. 1965, Projektleiter BLS, Bubenbergstrasse 22B, 3700 Spiez. Der Amtsantritt erfolgt per 1. September 2009; die Amtsdauer endet am 31. März 2013

### 47 1.131 Verwaltungsbericht Gemeinde

#### Verwaltungsbericht 2008

##### Ausführungen des Gemeinderates

Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Ausführungen.

##### Stellungnahme der GPK

**Theres Indermühle:** Die GPK hat den Verwaltungsbericht geprüft und folgendes festgestellt. Der Verwaltungsbericht 2008 ist hinsichtlich Form und Umfang ähnlich wie derjenige aus dem Jahr 2007. Vor einem Jahr wurde ausgeführt, dass der Verwaltungsbericht in die Gemeinderechnung integriert werden soll. Die bisherige Form wurde wegen der Motion der FDP-Fraktion betreffend Abschaffung NPM beibehalten. Der Verwaltungsbericht bringt viele Zusatzinformationen, welche

aus dem NPM nicht ersichtlich sind. Beim Abschnitt Steuerwesen auf Seite 37 wurden die Angaben gewechselt. Nicht Altersgruppen und der Zivilstand, sondern einkommensabhängige Gruppierungen wurden aufgeführt, wie dies Daniel Lanz im letzten Jahr angeregt hat. Der Bericht der Sozialen Dienste ist positiv aufgefallen. Er zeigt eindrücklich, dass die Reorganisation dieser Abteilung auf bestem Weg ist. Die GPK empfiehlt, den Verwaltungsbericht 2008 zu genehmigen.

### **Eintreten**

Das Eintreten ist unbestritten.

### **Fraktionssprecher**

**Walter Holderegger (SP):** Die SP-Fraktion hat den Verwaltungsbericht geprüft und folgendes festgestellt. Gestützt auf die Motion der FDP-Fraktion betreffend Abschaffung NPM wurde der Verwaltungsbericht 2008 noch nicht in die Jahresrechnung 2008 integriert. Der Verwaltungsbericht gibt verschiedene Einblicke in Einzelheiten, Anpassungen, Veränderungen und Verbesserungen, welche bei der Gemeindeverwaltung vorgenommen wurden. Zu den Einbürgerungen, den Sozialen Diensten, der Kinder- und Jugendarbeit etc. wurden interessante Zahlen veröffentlicht. Dem Gemeinderat sowie den Abteilungsleitern mit ihren Mitarbeitenden wird für den Bericht und die Arbeit im vergangenen Jahr bestens gedankt.

**Marianne Roe (SVP):** Die SVP-Fraktion ist mit dem Verwaltungsbericht 2008 einverstanden und dankt allen Mitwirkenden für die gute Arbeit. Der Bericht gibt wie jedes Jahr eine wertvolle Übersicht über alle Aufgaben der Gemeinde Spiez. Die SVP-Fraktion beantragt, den Verwaltungsbericht 2008 zu genehmigen.

**Markus Wenger (EVP):** Die EVP-Fraktion dankt der Verwaltung und allen Beteiligten für die Arbeit. Da in diesem Bericht viele Informationen enthalten sind, sollte versucht werden, für die Daten eine Struktur zu erarbeiten, damit externe Personen auf einzelne Daten zugreifen können. Bei einer Publikation im Internet müsste darauf geachtet werden, dass die Zahlen stichwortsortiert zur Verfügung gestellt werden. Dies ergäbe mit der Zeit einen Aufbau eines Kennzahlenpanels. Damit könnte die Verwaltung entlastet werden, da die Zahlen direkt im Internet heruntergeladen werden könnten. Die EVP-Fraktion empfiehlt, dem Verwaltungsbericht 2008 zustimmen.

### **Allgemeine Diskussion**

Keine Wortmeldungen.

### **Abschnittweise Beratung**

Keine Wortmeldungen.

### **Beschluss** (einstimmig)

Der Verwaltungsbericht der Gemeinde Spiez betreffend das Jahr 2008 wird genehmigt.

## 48 8.201 Gemeinderechnung Gemeinderechnung 2008

### Ausführungen des Gemeinderates

**Kurt Frei:** Die vorliegende Rechnung ist ohne Umschweife erfreulich und passt in die vergangene Hochkonjunkturphase, aber sie ist auch noch aus dem Gesichtspunkt der Legislatur 2005 – 2008 zu betrachten. Eines der erklärten Legislaturziele war die Verschuldung der Gemeinde jährlich um 1 Mio. Franken zu reduzieren. Anfänglich hat er daran gezweifelt, ob und in welchem Ausmass tatsächlich dieses ehrgeizige Ziel erreicht werden kann. Bei diversen Budget- und Rechnungsdebatten hat er immer wieder betont, dass Gemeindefinanzpolitik nicht mit dem privaten Finanzmanagement verglichen werden darf. Die Mechanismen bei der Führung des Gemeindehaushalts sind zu träge und brauchen Zeit und Geduld, bis die eingeleiteten Massnahmen greifen. Das erklärte gemeinderätliche Legislaturziel, die Verschuldung jährlich um 1 Mio. Franken zu senken, wurde erreicht. Die Verschuldung konnte vom Höchststand im Jahre 2006 bei 64.3 Mio. auf 55.1 Mio. Franken zurück gefahren werden. Es darf festgestellt werden, dass die ausgezeichnete Wirtschaftslage zur Schuldentilgung ausgenutzt werden konnte. An dieser Stelle wird allen Gemeinderats-Kolleginnen und -Kollegen der vergangenen Legislatur gedankt, welche die praktizierte Finanzpolitik mitgetragen haben. Mit der zugestellten Gemeinderechnung ist eigentlich schon sehr viel gesagt worden. Einzelne Punkte sind trotzdem hervorzuheben.

Zuerst zum Gesamtergebnis:

Die Laufende Rechnung schliesst nach Vornahme der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestabschreibungen mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 2.24 Mio. ab. Gegenüber dem Voranschlag ergibt sich eine Besserstellung von Fr. 2.53 Mio. Aufgrund des positiven Rechnungsergebnisses wurden noch Fr. 2.1 Mio. an zusätzlichen Abschreibungen getätigt. Schlussendlich wird ein Ertragsüberschuss von Fr. 140'809.90 ausgewiesen. Zum besseren Ergebnis haben vor allem beigetragen:

- Die eigenen Beiträge liegen um Fr. 3.51 Mio. unter dem Voranschlagswert (wird durch Minder-einnahmen im Lastenausgleich Sozialhilfe neutralisiert)
- Der Sachaufwand liegt um Fr. 610'000 unter dem budgetierten Wert
- Die Passivzinsen liegen um Fr. 157'000 unter dem Voranschlagswert
- Der Personalaufwand fällt um Fr. 123'000 tiefer aus
- Der Steuerertrag liegt um Fr. 1.45 Mio. über dem Voranschlagswert (vom Mehrertrag fallen rund Fr. 700'000 auf die wiederkehrenden Steuern der natürlichen und juristischen Personen / der Mehrertrag der aperiodischen Steuern wie Grundstückgewinnsteuern oder Sonderveranlagungen beträgt rund Fr. 500'000). Aufgrund der Wirtschaftskrise kann in Zukunft nicht mehr mit so guten Ergebnissen gerechnet werden.
- Nebst dem Steuerertrag fallen auf der Ertragsseite auch die Vermögenserträge um Fr. 217'000 höher aus.

Die Investitionsrechnung schliesst bei aktivierten Ausgaben von Fr. 5.18 Mio. und passivierten Einnahmen von Fr. 1.44 Mio. mit Nettoinvestitionen von Fr. 3.7 Mio. ab. Den Nettoinvestitionen steht eine Selbstfinanzierung von Fr. 4.9 Mio. gegenüber. Der Finanzierungsüberschuss beträgt demzufolge Fr. 1.2 Mio., was einem Selbstfinanzierungsgrad von 132.96 % entspricht. Klammert man die Spezialfinanzierungen aus (vor allem bei der Abwasserentsorgung wurden hohe Investitionen getätigt) zeigt sich folgendes Bild: Die Bruttoinvestitionen betragen 2.1 Mio. und die eingehenden Investitionsbeiträge Fr. 520'000. Die Nettoinvestitionen betragen noch Fr. 1.6 Mio. Aus der laufenden Rechnung bringen wir eine Selbstfinanzierung von Fr. 5.9 Mio. Bei dieser Berechnungsweise entsteht ein Finanzierungsüberschuss von Fr. 4.3 Mio., was einen Selbstfinanzierungsgrad von 377 % entspricht. Es zeigt sich also ein noch besseres Bild. Dank den in den letzten Jahren positiven Rechnungsergebnissen konnten die Schulden zurückgeführt werden. Die Schulden liegen auf dem Stand der Jahre 1994/95. In den wirtschaftlich guten Zeiten hat sich die Gemeinde Spiez vor allem in den Jahren 2007 und 2008 um fast 10 Mio. Franken entschuldet. Grundsätzlich soll dieser Kurs fortgesetzt werden. Je nachdem wie sich die Wirtschaftskrise entwi-

ckelt, besteht aber auch das Potenzial, dass der Wirtschaft mit Infrastrukturaufträgen eine gewisse Stütze gegeben werden kann. Im Gemeindevergleich weist Spiez nach wie vor eine überdurchschnittlich hohe Verschuldung aus. Nicht zuletzt mit der Devestitions-Strategie der Finanzvermögensliegenschaften soll die Verschuldung weiter zurückgeführt werden. Auch muss berücksichtigt werden, dass nach einer allfälligen Erholung der Wirtschaft auch wieder mit steigenden Zinsen zu rechnen ist. Die Schulden führen automatisch zu einem Anstieg des Zinsaufwandes in der Laufenden Rechnung und der finanzielle Handlungsspielraum wird entsprechend einschränkt. Für die Beurteilung der Gemeindefinanzen sind Kennzahlen ein gutes Instrument.

Als erste Kennzahl nehmen wir den Selbstfinanzierungsgrad (SFG). Dieser zeigt auf, bis zu welchem Grad die neuen Investitionen durch selbst erarbeitete Mittel finanziert werden können. Vor allem im Vergleich über mehrere Jahre wird erkannt, ob die Investitionen finanziell verkraftet werden können. Unter 100 % bedeutet eine Neuverschuldung / über 100 = Entschuldung. Bei dieser Kennzahl ist es wichtig, dass die Beurteilung über mehrere Jahre erfolgt. Eine unregelmässige Investitionstätigkeit kann zu erheblichen Schwankungen des SFG führen. Dank der Tatsache, dass in den letzten Jahren eher unterdurchschnittlich investiert worden ist, konnten die Schulden abgebaut werden. Der Vergleich mit den anderen bernischen Gemeinden zeigt, dass sich auch diese in den vergangenen Jahren entschuldet und somit eine positive Ausgangslage geschaffen haben.

Der Zinsbelastungsanteil zeigt, welcher Anteil des Finanzertrages zur Deckung der Nettozinsen benötigt wird. Einfach gesagt, wie viel von 100 Steuerfranken müssen wir für die Nettozinsen aufwenden. Ein hoher Anteil weist auf eine entsprechend hohe Verschuldung hin. Im Jahresvergleich wird die Verschuldungstendenz und im Vergleich zu anderen Gemeinden die Verschuldungssituation erkannt. Es ist zu erkennen, dass die finanzielle Ausgangslage der Gemeinde Spiez nach wie vor gut ist. Seit dem Jahr 2002 hat die Gemeinde Spiez durchwegs einen negativen Zinsbelastungsanteil, was als sehr tiefe Belastung taxiert wird. Das bedeutet, dass der Vermögensertrag höher ist, als die belasteten Passivzinsen. Aber auch die übrigen Gemeinden im Kanton Bern haben nicht geschlafen und ihre Verschuldung kontinuierlich gesenkt.

Der Kapitaldienstanteil zeigt auf, welcher Anteil des Finanzertrages zur Deckung der Nettozinsen und der harmonisierten Abschreibungen benötigt wird. Einfach gesagt, von 100 Steuerfranken wenden wir im Jahr 2008 Fr. 4.40 für den Kapitaldienst auf. Der Vergleich mit den übrigen bernischen Gemeinden zeigt, dass Spiez eine unterdurchschnittliche Belastung hat. Offensichtlich weisen die übrigen Gemeinden ein höheres Verwaltungsvermögen aus oder müssen mehr für den Zinsendienst aufwenden.

Der Selbstfinanzierungsanteil (SFA) ist eigentlich die wichtigste Kennziffer und er ist der Auffassung, dass wir zukünftig unseren Fokus auf diese Zahl richten müssen. Der SFA zeigt auf, welcher Anteil des Finanzertrages für die Finanzierung von neuen Investitionen bzw. zur Rückzahlung von Schulden eingesetzt werden kann. Es ist also eine Aussage über die Leistungsfähigkeit. Je höher der SFA, desto besser stehen die Möglichkeiten, neue Investitionen selber zu finanzieren oder Schulden abzubauen. Einfach gesagt, von 100 Steuerfranken konnten wir im Jahr 2008 8.6 Franken für die Finanzierung von neuen Investitionen oder für die Rückzahlung von Schulden verwenden. Zu erwähnen gilt, dass ein SFA zwischen 0 und 10 % als ungenügend und erst ab 10 % bis 14 % als genügend angesehen wird. Folglich liegt unser Hauptproblem nach wie vor bei der ungenügenden Selbstfinanzierung. Im Vergleich mit der durchschnittlichen bernischen Gemeinde haben wir einen kleineren Spielraum, neue Investitionen zu finanzieren oder Schulden abzubauen. Allerdings gilt hier zu vermerken, dass grössere Gemeinden tendenziell einen tieferen Selbstfinanzierungsanteil haben, da sie auch mehr Aufgaben erfüllen als kleinere Gemeinden und dementsprechend in der Laufenden Rechnung weniger Spielraum haben.

Aufgrund des guten Rechnungsergebnisses hat der Gemeinderat beschlossen, zusätzlich Fr. 2.1 Mio. auf dem Verwaltungsvermögen abzuschreiben. Dies führt zu einem Nachkredit, welcher durch den Grossen Gemeinderat noch zu beschliessen ist. Solange in der Bilanz noch Verwaltungsvermögen besteht, ist es sinnvoll, dieses zuerst abzuschreiben, bevor zusätzliches Eigenkapital gebildet wird. Aus diesem Grund beantragt der Gemeinderat dem Grossen Gemeinderat, dem Nachkredit von Fr. 2.1 Mio. für zusätzliche Abschreibungen zuzustimmen.

Als Fazit zur finanziellen Situation darf festgestellt werden, dass wir eine positive Ausgangslage haben. Die finanzielle Basis von Spiez ist nach wie vor gut und darf als Standortvorteil gesehen werden. Wir haben eine gesunde Bilanz mit einem Eigenkapital von rund Fr. 7 Mio. Dank dem Schuldenabbau und der moderaten Investitionstätigkeit haben sich die Finanzkennzahlen positiv entwickelt. Im direkten regionalen Vergleich haben wir eine attraktive Steueranlage und auch das Dienstleistungsangebot sowie die Infrastruktur sind auf einem guten Stand. Schauen wir jedoch in die Zukunft, ist kein Grund zur Euphorie erkennbar. Durch die Steuergesetzrevision und die Wirtschaftskrise drohen Einnahmeausfälle, die zu einem tieferen Cash-flow führen. Mit dem auslaufenden Vertrag des Räumlis droht ebenfalls ein weiterer Ausfall auf der Einnahmeseite, welcher nicht einfach zu kompensieren ist. Dies führt dazu, dass der finanzielle Spielraum abnimmt und die Möglichkeit für den Schuldenabbau und mehr Investitionen einschränkt. Dies bedeutet auch, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit weiterhin bescheiden bleibt oder sogar abnimmt. Es braucht Anstrengungen und Disziplin von allen Beteiligten, wenn wir zukünftig die gute Ausgangslage nicht preisgeben wollen.

Es wird allen Steuerpflichtigen der Gemeinde Spiez gedankt, welche ihren Verpflichtungen nachgekommen sind. Ein weiterer Dank geht an die Budgetverantwortlichen und Finanzverwalter Stefan Christen.

### **Stellungnahme der GPK**

**Jürg Staudenmann:** Die GPK empfiehlt, die Gemeinderechnung 2008 vorbehaltlos zur Annahme. Es konnte festgestellt werden, dass die Rechnung durch die Revisionsstelle Ernst & Young AG materiell geprüft wurde. Das Rechnungsprüfungsorgan beantragt, die Rechnung zu genehmigen. Der entsprechende Bestätigungsbericht vom 28. April 2009 wurde vorgelegt. Die Revisionsstelle bestätigt, dass die Rechnungsführung in allen Teilen den gesetzlichen und reglementarischen Vorschriften entspricht. Der Rechnungsabschluss der Gemeinde fiel besser aus als im letzten Jahr. Das gute Ergebnis kann erklärt und muss zum Teil relativiert werden (um 4.2 % erhöhter Steuerertrag gegenüber 2007, deutlich erhöhte Beträge aus Vermögensgewinnsteuern sowie Gewinn- und Kapitalsteuern). Erwähnenswert ist, dass die Beiträge für die Sozialhilfe wesentlich tiefer ausgefallen sind und nun sogar unter dem Kantonsdurchschnitt liegen. Bei den Finanzkennziffern fällt auf, dass die Gemeinde Spiez zwar einen verbesserten Selbstfinanzierungsanteil von 8.66 % ausweist, was jedoch nach wie vor ungenügend ist. Positiv zu werten ist, dass der Selbstfinanzierungsgrad der Gemeinde über 100 % liegt. Der Investitionsanteil muss demgegenüber als schwach bezeichnet werden. Positiv fällt zudem der doch nicht unerhebliche Schuldenabbau auf. Die GPK dankt den Finanzverantwortlichen für die grosse geleistete Arbeit und empfiehlt, die Rechnung zur Genehmigung.

### **Eintreten**

Das Eintreten ist unbestritten.

### **Fraktionssprecher**

**Bernhard Hauck (SP):** Die SP-Fraktion nimmt ebenfalls mit Genugtuung das positive Ergebnis der Jahresrechnung 2008 zur Kenntnis. Die wohl kritischste Kennzahl der Rechnung sieht die SP-Fraktion beim „Selbstfinanzierungsanteil“ von nur knapp 9%. Solange dieser Wert nicht gesteigert werden kann, bleibt die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde bescheiden, d.h. der Spielraum für grössere Investitionen oder die Option zu einem weiteren Schuldenabbau sind gering. Nach wie vor ist die Steueranlage der Gemeinde Spiez im regionalen Vergleich attraktiv und sollte nach Meinung der SP-Fraktion so belassen werden. Im Leistungsvergleich aller ca. 400 Berner Gemeinden gibt es einige interessante Erkenntnisse:

- Der Personalaufwand aller Gemeindeaufgaben pro Einwohner beträgt Fr. 891.50, womit Spiez hier die 57-teuerste Gemeinde ist.

- Beim Nettoaufwand für die Allgemeine Verwaltung pro Einwohner ist Spiez mit Fr. 290.- hingegen die 81-tiefste.
- Sehr sparsam ist Spiez bei den Schulen und den Kindergärten; pro Schüler geben wir Fr. 650.95 aus und sind im Kanton damit die 46-günstigsten.
- Mit dem Nettoaufwand von Fr. 14'483 pro Km Gemeindestrasse liegen wir auf Platz 94, beginnend bei den teuersten.

Selbstverständlich hinken Vergleiche immer ein wenig, da sich die Gemeinden bezüglich Grösse und Struktur teilweise stark unterscheiden (alle Angaben gemäss Benchmarking des Amtes für Gemeinden und Raumordnung, AGR). Vieler Unkenrufe zum Trotz zeigt NPM auch erfreuliche Wirkungen: Mit den konkreteren Beschreibungen der einzelnen Produktgruppen konnten die Leistungen gezielter den finanziellen Möglichkeiten angepasst werden. Je genauer Produktziele, Indikatoren und Standards definiert sind, umso klarer kann die Finanzierung ausgewiesen und gesteuert werden. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates und genehmigt sowohl den Nachkredit, wie auch die Gemeinderechnung 2008. Sie bedankt sich für die tadellose Rechnungsführung beim Finanzvorsteher Kurt Frei, Finanzverwalter Stefan Christen, Finanzverwalter-Stellvertreter Reto Lüthi sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzverwaltung.

**Urs Maibach (SVP):** Auch die SVP-Fraktion nimmt die Gemeinderechnung wohlwollend zur Kenntnis. Finanzverwalter Stefan Christen und seiner Crew sowie dem Gemeinderat mit Finanzvorsteher Kurt Frei wird für die tadellose Rechnungsführung und die gute Arbeit gedankt. Es konnte festgestellt werden, dass mit dieser Rechnung ein gutes Resultat erzielt wurde. Der Selbstfinanzierungs- und der Investitionsanteil sind ungenügend, wie dies bereits die Vorredner ausgeführt haben. Die Ausgabendisziplin war im letzten Jahr generell sehr gut. Es wird erwartet, dass dies auch im laufenden Jahr beibehalten wird. Bei der Behandlung der Jahresrechnung 2007 hat die SVP-Fraktion damals festgestellt, dass bei Überschreitungen von Verpflichtungskrediten zum Teil keine Nachkredite beantragt wurden. Auch hier wurden grosse Fortschritte erzielt. Es konnte gehört werden, dass den Finanzen düstere Prognosen vorausgesagt werden. Für die SVP-Fraktion ist aber ganz klar, dass eine Steuererhöhung sicher kein Thema sein darf. Der Gemeinderat wird aufgefordert, ob man sich vielleicht nicht im Gegenteil andere Gedanken machen müsste. Die SVP-Fraktion beantragt, die Rechnung und die zusätzlichen Abschreibungen zu genehmigen.

**Martin Fink (FS).** Die FS-Fraktion nimmt die Rechnung ebenfalls wohlwollend zur Kenntnis und dankt den Verwaltungsabteilungen für die Arbeit. Dem Nachkredit kann ebenfalls zugestimmt werden.

**Daniel Lanz (FDP):** Die FDP-Fraktion hat viele positive Aspekte in der Gemeinderechnung 2008 festgestellt. Der Abschluss ist besser als das Budget. Der Ertragsüberschuss ist sehr erfreulich. Der Ertragsüberschuss ist erstens auf höhere Steuereinnahmen zurückzuführen und zweitens auf die Reorganisation der Sozialen Dienste. Das vorhandene Potenzial konnte zu einem schönen Teil ausgeschöpft werden. Es wird daran erinnert, dass die FDP-Fraktion seit Jahren daran erinnert, die Effizienz der Verwaltung zu steigern. Die Angestellten der Sozialen Dienste haben früher wohl nicht weniger gearbeitet als heute. Heute schaut aber mehr dabei heraus. Dies ist der Beweis dafür, dass optimiert werden kann. Dies ist ein erster Schritt eine optimierte Struktur in der Verwaltung der Gemeinde Spiez zu erreichen. Der Selbstfinanzierungsgrad von 132 % ist sehr gut. Der Schuldenabbau als Legislaturziel konnte ebenfalls erreicht werden. Die Steuereinnahmen fallen konjunkturell variabel an. Ein Fragezeichen ist weiterhin, dass noch zu wenige Zeichen einer Strukturbereinigung aus den anderen Abteilungen vorliegen. Er ist überzeugt, dass dort noch Potenzial vorhanden ist, wie dies die Sozialen Dienste gezeigt haben. Der Selbstfinanzierungsanteil ist immer noch ungenügend. Wir investieren immer noch zu wenig. Die Gemeindestrassen wurden vernachlässigt und müssen in Zukunft besser unterhalten werden. Fazit: Die Strukturbereinigungen müssen in allen Abteilungen angegangen werden, damit die laufende Rechnung nachhaltig saniert werden kann. Mit dieser Hoffnung kann die FDP-Fraktion der Rechnung 2008 zustimmen.

## Allgemeine Diskussion

**Urs Gurtner:** Auf den ersten Blick kann man mit der Rechnung zufrieden sein. Sie hat jedoch wie alle Jahre den gleichen Schönheitsfehler, nämlich den Selbstfinanzierungsanteil. Es wurde bereits ausgeführt, dass wir zu wenig investieren. Es wurde nicht klar gesagt, dass wir zu viel in der laufenden Rechnung ausgeben. Wie Daniel Lanz bereits aufgeführt hat, müssen wir optimieren oder sparen. Sparen ist aber nicht gleich sparen. Wenn man am falschen Ort spart, nämlich bei den Investitionen, kann dies teuer zu stehen kommen. Am 26. Mai 2009 gab es ein Hagelwetter. Dabei kam es im Restaurant des Freibades zu einem Wassereintritt durch das Dach in die Küche und des Büros. Dank eines Grosseinsatzes durch Putzen und Aufräumen konnte man den Betrieb nach einem Tag wieder aufnehmen. Nun ist aber die gesamte Holzdecke nass und droht zu faulen. Dies ist wohl seitens der Lebensmittelhygiene untragbar. Die Pächterin hat mehrmals auch schriftlich darauf hingewiesen, dass wegen Wasserschäden auch immer wieder teure Reparaturen an den Geräten ausgeführt werden müssen. Nun müssen für mehrere zehntausend Franken Notfallmassnahmen ausgeführt werden, damit der Betrieb bis zur Sanierung (im Finanzplan für Winter 2010/2011 vorgesehen) weitergeführt werden kann. Ausserdem hat die Versicherung Vorbehalte bei weiteren Schäden angebracht. Wenn weiterhin Investitionen hinausgeschoben werden und der Gemeinderat immer noch ausführt, dass die Investitionen der Selbstfinanzierung anzupassen sind, schieben wir die Probleme nur vor uns her. Diese Politik kann eine Weile lang gut gehen. Aber plötzlich kann dies teuer zu stehen kommen. Man kann bei einem Auto auch zuwarten mit dem Service, bis das Auto kaputt ist. Das Gleiche gilt auch mit den Zähnen und dem Zahnarzt. Ein weiteres Beispiel sind die Gemeindestrassen. Die zunehmenden Schäden und das provisorische Flickwerk sind nicht zu übersehen. Eines Tages werden wir auch dort Nachholbedarf haben. Der Vorfall im Freibad ist nicht geschehen, weil die FDP immer sparen will, sondern weil wir immer noch zu viel in der laufenden Rechnung ausgeben und deshalb zu wenig für Investitionen übrig haben. Gemäss Aussage von Kurt Frei ist er aber zuversichtlich und hofft, dass der Gemeinderat zusammen mit dem GGR Gegensteuer geben wird, damit der Cash-flow endlich verbessert werden kann.

**Franz Arnold:** Er empfiehlt die Homepage der Finanzdirektion des Kantons Bern [www.fin.be.ch](http://www.fin.be.ch). Dort kann die Statistik FINSTA heruntergeladen werden. Diese zeigt einen Vergleich aller bernischer Gemeinden. Der Nettoaufwand pro Einwohner allgemeine Verwaltung zeigt dabei bei vergleichbaren Gemeinden, dass Spiez auf einen Durchschnitt von Fr. 250.00, Worb auf Fr. 311.00, Steffisburg auf Fr. 306.00, Lyss Fr. 346.00 kommen. Es ist empfehlenswert, diese Statistik einmal abzurufen. Die Gemeinde Spiez kann sich sehen lassen. Wenn man nun nur eine Abteilung der Gemeinde betrachtet und ausführt, dass man hier nur dank Führung spart, ist dies eine heikle Aussage. Es wird in allen Abteilungen der Gemeinde geführt. Das Kostenbewusstsein ist durchaus bekannt und wird auch angewendet. So wurde zum Beispiel bei einer Pensionierung eines Hauswarts im Schulhaus Spiezmoos, ein Hauswart des GZ Lötschberg als Nachfolger bestimmt. In nächster Zeit wird im GZ Lötschberg anstelle einer Wiederbesetzung der frei gewordenen Stelle mit Reinigungspersonal gearbeitet, welches im Stundenlohn angestellt ist. Bei der Bauverwaltung hat der neue Bauverwalter Heinz von Gunten keine einfache Situation angetroffen. Er musste eine Abteilung übernehmen, welche eine Zeit lang ohne Führung gelaufen ist. Er versucht sehr sachte mit befristeten Anstellungen gewisse Pendenzen abzubauen. Das Sparen oder das bewusste Umgehen mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen ist nicht nur in einer, sondern in allen Abteilungen der Fall. In Bezug auf die aufgeschobenen Investitionen kann ausgeführt werden, dass hier im GGR relativ lange über die Sanierung des Freibades debattiert wurde. Das Geschäft wurde sogar einmal zurückgestellt. Der Gemeinderat hat dabei aufgezeigt, dass die Sanierung in mehreren Etappen erfolgt. Die zweite Etappe folgt nun im nächsten Jahr. Der GGR hat die Aufgabe auf das Gesamtwohl der Gemeinde zu schauen und nicht plötzlich gewisse Partikulärinteressen zu verfolgen und zu favorisieren. Auch der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die verschiedenen Bedürfnisse, welche anstehen, nicht alle erfüllt werden können. Die Strategie ist aber klar. Wir konnten Schulden abbauen und es ist zu hoffen, dass wir in Zukunft den finanziellen Spielraum für die Gemeinde vergrössern können.

**Urs Gurtner:** Dies hat mit Partikulärinteressen nichts zu tun. Er hat sich die Mühe gemacht, das GGR-Protokoll vom 19. Juni 2006 zu suchen. Er zitiert daraus: „Ursprünglich war das gesamte Paket im Umfang von Fr. 850'000.00 im Finanzplan 2006 - 2010 enthalten. Dieser Betrag wurde bei der Beratung auf Fr. 400'000.00 gekürzt. Der Bereich Restaurant wurde vorläufig gestrichen, da der Gemeinderat der Auffassung ist, dass der Ausbau des Restaurants einen gewissen Standard nicht überschreiten sollte. Mit der Sanierung wird Werterhaltung einer gemeindeeigenen Liegenschaft betrieben.“ Dies hat mit Partikulärinteressen nichts zu tun. Kurt Frei hat damals ausgeführt, dass das Investitionsvolumen der Gemeinde beschränkt werden muss und es nicht für alle Projekte reiche.

**Franz Arnold:** Der Gemeinderat hat mit seiner Aussage ausgedrückt, dass man kein weiteres Restaurant in der Bucht will, sondern dass die Badi einen Verpflegungsstand hat, welchem bezüglich baulicher Zustand selbstverständlich die nötige Beachtung geschenkt wird.

### **Abschnittweise Beratung**

#### **Produktgruppen-Rechnung Liegenschaften des Finanzvermögens (Seite 86)**

**Urs Gurtner:** Die Rendite ist von netto auf brutto zu ändern.

**Kurt Frei:** Die Feststellung ist richtig. Die Änderungen werden vorgenommen.

### **Beschluss** (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40 f) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Der Nachkredit von Fr. 2'100'000.-- (zusätzliche Abschreibungen) wird genehmigt.
2. Die Gemeinderechnungen des Jahres 2008 werden genehmigt.

## **49 1.12 Reglemente/Verordnungen**

### **Schulreglement / 2. Lesung**

#### **Ausführungen des Gemeinderates**

**Jolanda Brunner:** In der ersten Lesung wurden verschiedene Änderungen ins Schulreglement aufgenommen:

- Kunst- und Sportangebot sowie Bibliothek
- Präzisierungen und Ergänzungen von Jürg Staudenmann
- Anregung von Astrid Thöni betreffend Vertretung Lehrerschaft

Die Mitwirkung der Lehrkräfte (Art. 18) hat bei der ersten Lesung grosse Diskussionen ausgelöst. Man hat sich danach überlegt, ob es der richtige Weg ist, den Artikel wie vorgeschlagen stehen zu lassen und anschliessend eine Verordnung auszuarbeiten oder ob es besser wäre, wenn die Mitwirkung direkt im Schulreglement geregelt wird. Die Kommission 1Volksschule und der Gemeinderat haben beschlossen, die Mitwirkung innerhalb des Reglements zu regeln, obschon die Formulierung sehr detailliert ausgefallen ist. Eine Verordnung lässt sich hingegen jederzeit abändern. Ein

Schulreglement bietet bei diesem Thema eine grössere Hürde, um Anpassungen vorzunehmen. Der Vorschlag wurde den Lehrerkonferenzen zur Vernehmlassung zugestellt. Der Gemeinderat und die Kommission 1 Volksschule beantragen, die von Astrid Thöni vorgeschlagene Formulierung mit dem neuen Artikel 18 zu ersetzen. Die Formulierung aus der ersten Lesung widerspricht dem Grundsatz der geleiteten Schulen. Es gab weitere Anpassungen in Art. 7 (Mittelschulvorbereitung), bei den besonderen Massnahmen gab es Änderungen sowie bei Art. 16 (Schulleitung). Bei der ersten Lesung wurde gewünscht, dass die Verordnungen im Entwurf vorliegen. Die Verordnungen wurden den Unterlagen beigelegt. Die Stellenbeschreibung/Funktionendiagramm betreffend Schulleitung wird von der neuen Schulkommission in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen erarbeitet werden. Die Verordnungen betreffend Elternrat müssen angepasst werden. Sie ist gespannt auf die zweite Lesung.

### **Stellungnahme der Sachkommission Bildung**

**Eliane Baumann:** Die Sachkommission Bildung hat das Schulreglement geprüft. Artikel 18 wurde sehr ausführlich ausgearbeitet. Es ist der richtige Weg. Die verschiedenen Verordnungen müssen angepasst werden. Der Entwurf zur Verordnung über die Tagesschule ist von der Zentralschulkommission abgesegnet worden. Die Sachkommission begrüsst, dass das Konzept über die Umsetzung der besonderen Massnahmen sowie das Funktionendiagramm der Schulleitungen eingesehen werden können. Die Sachkommission dankt für die Vorarbeit und beantragt dem Schulreglement zuzustimmen.

### **Eintreten**

Das Eintreten ist unbestritten.

### **Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion**

Keine Wortmeldungen.

### **Abschnittweise Beratung**

#### **Seite 8 (Artikel 15)**

**Klaus Aegerter (GS):** In Artikel 15 werden die Aufgaben aufgelistet, welche zukünftig die Schulkommission übernehmen soll. Die Schulkommission soll die strategischen und die Schulleitungen die operativen Aufgaben erfüllen. Hier ist der zweite Punkt (Anstellung der Lehrkräfte) ein operatives Geschäft, welches von der Schulleitung übernommen werden sollte. Deshalb wird **beantragt**, dass die Anstellung der Lehrkräfte in Artikel 15 gestrichen und neu in Artikel 17 eingefügt wird.

**Theres Indermühle (FS):** Auch der FS-Fraktion ist die Formulierung betreffend Anstellung der Lehrkräfte ein Dorn im Auge. Die Lehrkräfte sollen nicht durch die Schulkommission angestellt werden. Die Anstellung und die Kündigung kann in die Kompetenz der Schulleitungen gelegt werden (neu Art. 17).

**Jürg Staudenmann (SVP):** Die SVP-Fraktion **beantragt**, dass die Übergangs- und Schlussbestimmungen in diesem Sinne geändert werden, dass die Anstellung der Lehrkräfte nach zwei Jahren in die Kompetenz der Schulleitungen fällt. Er hat sich überzeugen lassen, dass eine Übergangsphase Sinn macht und hier angezeigt ist. Die bisherigen Schulleiter bleiben nach Inkraftsetzung dieses Reglementes noch ein Jahr im Amt. Danach kommt die neue Struktur zum Tragen. Es macht mehr Sinn, zwei Jahre zuzuwarten und dann die Kompetenz neu zu regeln. Die SVP-Fraktion ist klar der Ansicht, dass diese Regelung in den operativen Bereich fällt und nicht in die

strategischen Zielsetzungen der Schulkommission. Dementsprechend gehört zu den Anstellungskompetenzen auch die Kompetenz der Kündigungen. Der Zeitpunkt ist besser, die Kompetenz vorerst noch bei der Schulkommission zu belassen.

**Philippe Giesser (FDP):** Nach seinem Verständnis ist die Anstellung von Mitarbeitenden ein strategischer Entscheid und kein tägliches Geschäft. Das Anstellen ist definitiv der einfachere Weg als das Entlassen von Mitarbeitenden. Ein Schulleiter kann mit einem Filial- oder einem Geschäftsleiter verglichen werden. Darüber gibt es eine Geschäftsleitung. Diese soll definitiv mitentscheiden können, wer angestellt und wer entlassen wird. Als Geschäftsleitung wird hier die Schulkommission gesehen.

**Monika Lanz (FDP):** Es ist sehr wichtig, dass zum heutigen Zeitpunkt die Anstellungen noch nicht an die Schulleitungen delegiert werden. Bei Wahlen von Lehrkräften läuft der Prozess so, dass dies in Zusammenarbeit zwischen Kommission und Schulleitungen geschieht. Die Schulleitungen können sogar sagen, welche Person sie lieber hätten. Dies ist ein pragmatischer Weg, welcher mindestens noch die zwei nächsten Jahre weitergeführt werden soll.

**Jolanda Brunner:** Wenn man an die Diskussion aus der ersten Lesung vom 15. September 2008 anknüpft und man konsequent strategisch und operative Bereiche trennt, müssten die Lehrkräfte von den Schulleitungspersonen angestellt werden - der Kanton überlässt die Klärung dieser Frage den Gemeinden. Die Spezialkommission kam nach ausgiebiger Diskussion zum Schluss, dass die Anstellung der Lehrkräfte bei den Behörden also bei der Schulkommission bleiben soll, dies weil die Schulleitungen im Moment auch Kollegen sind. Es gab in der Spezialkommission auch Stimmen, die sich auf dem Standpunkt stellten, Personalentscheide seien immer Strategische Entscheide. Die kleinsten Pensen für die Schulleitungen betragen im nächsten Jahr immer noch rund 15%, damit ist man noch sehr stark Kollege oder Kollegin und nicht nur SchulleiterIn. Im nächsten Jahr wird die Anzahl der Schulleitungen nochmals reduziert. Viele Grundlagen müssen gemeinsam erarbeitet oder angepasst werden, der Hauptschulleiter muss sich erst mal einarbeiten und die Kollegien kennenlernen. Auf der Oberstufe ändert sich nichts. Auf der Unterstufe werden Martin Knecht und Pia Hutzli ihre Aufgaben als Schulleitungspersonen abgeben. Der Hauptschulleiter wird einen Teil dieser Aufgaben übernehmen. Es gibt aber noch sehr viele Unsicherheiten, welche noch nicht klar sind. Im Moment sollte die Anstellungskompetenz der Kommission überlassen werden. Somit kann eine einheitliche Kultur geschaffen werden, wie mit dem Personal umgegangen wird. Es kann nicht sein, dass in den verschiedenen Schulhäusern andere Regeln und Massstäbe in der Personalführung angewendet werden. Da scheint es im Moment sinnvoller, wenn die Schulkommission Anstellungs- und Kündigungsbehörde bleibt. Der Hauptschulleiter beginnt seine Tätigkeit erst am 1. August 2009 und kennt die anderen Schulleitungen und Lehrkräfte noch zu wenig gut. Die Diskussion muss noch geführt werden, wer genau die Lehrkräfte anstellt (Hauptschulleiter oder die Schulleitungen vor Ort). Der Antrag der SVP-Fraktion (J. Staudenmann) mit einer Übergangsfrist von zwei Jahren kann akzeptiert werden.

**Urs Gurtner (FDP):** Früher gab es in einem Dorf verschiedene Respektspersonen. Das waren der Gemeindepräsident, der Pfarrer und der Lehrer. Als Einzelsprecher geht er hier noch etwas weiter und führt aus, dass die Anstellung der Lehrer weder ein operativer noch ein strategischer sondern auch ein politischer Entscheid ist. Auch die Erziehungsdirektion spricht von einer strategisch/politischen Führung der Schule. Er hat sich überlegt, dass Schulleitungen mit dieser Kompetenz und einer gewissen politischen oder religiösen Ausrichtung nach einigen Jahren Leute um sich scharen können, welche ihnen genehm sind. Deshalb ist er der Ansicht, dass die vom Gemeinderat vorgeschlagene Lösung übernommen werden sollte. Er kann auch dem Vorschlag der SVP-Fraktion nicht zustimmen. Es ist richtig, dass ein politisch/strategischer Entscheid bei den Lehreranstellungen durch eine Kommission zu geschehen hat.

**Klaus Aegerter (GS):** Es ist richtig, dass die Schulleitungen die Personen sind, welche die Teams kennen und wissen, welche Mannschaft sie benötigen. Dies kann vielleicht mit dem Fussball verglichen werden. Hier weiss auch der Trainer, welche Spieler er benötigt um eine schlagkräftige Mannschaft zusammenzustellen. Es ist deshalb wichtig, dass die Anstellungen den Schulleitungen übertragen werden. Die Argumentation von Jürg Staudenmann ist plausibel und er kann diesen Antrag unterstützen. Er zieht seinen Antrag zugunsten des Antrages der SVP-Fraktion (J. Staudenmann) zurück.

**Albert Trummer (SP):** Die SP-Fraktion **beantragt**, dass die Lehreranstellungen ohne Aufschub an die Schulleitungen delegiert werden. Dies ist in Artikel 15 zu streichen (Schulkommission) und in Art. 17 (Schulleitung) aufzunehmen. Es ist nicht klar, was dies für ein Problem darstellen soll. So viele Lehrkräfte werden während eines Jahres nicht angestellt. Es ist nicht einzusehen, dass dies nicht so ausgeführt werden könnte. Spiez hat einen markanten Umbau im Schulwesen durchgeführt und nun hat man Angst, den Schulleitungen das Vertrauen für die Anstellungen zu geben. Den Schulleitungen muss der Rücken so gestärkt werden, dass dieser Schritt nun so zu Ende geführt werden kann, wie dies eigentlich angedacht wurde.

**Daniel Lanz (FDP):** Er ist erstaunt, dass ein Mitglied der Schulkommission das Problem der Lehreranstellungen nicht sieht. Zum Votum von Klaus Aegerter führt er aus, dass man sich die Frage stellen sollte, wer im Fussball eigentlich die Spieler einkauft. Dies wird wohl eher durch die Klubleitung geschehen.

**Bernhard Hauck (SP):** Die Schule ist anders geregelt, als dies in der Privatwirtschaft der Fall ist. Jeder Vergleich hier ist unmöglich. Das Reglement wird nun verabschiedet und man sollte nun entscheiden was Sache ist. Man sollte nicht warten und schauen, was noch alles passieren könnte. Es wurde ein Hauptschulleiter angestellt. Dieser stellt nicht zum ersten Mal Personal an. Vor allem wird er bei seinem Arbeitsbeginn bereits ein komplettes Team antreffen. Er muss nicht als erste Amtshandlung Lehrer anstellen. Er hat Zeit, die Teams kennen zu lernen. Die Anstellungen sollen sofort an die Schulleitungen delegiert werden ohne Aufschub. Man muss dies hier mutig beschliessen.

**Monika Lanz (FDP):** Die Kindergarten- und Primarschulkommission hat in den vergangenen Wochen rund 12 Personen angestellt für das nächste Schuljahr. Sie war froh, dass dies in Zusammenarbeit mit Schulleitungen und Schulkommission geschehen konnte. Den GGR-Mitgliedern wird ans Herz gelegt, mindestens einen zweijährigen Aufschub zu gewähren. Das System soll nicht überladen werden. Lehrkräfte, welche befristet angestellt werden, laufen bereits heute über die Schulleitungen. Die Schulkommissionen haben dazu nichts mehr zu sagen. Man ist auf einem sehr pragmatischen Weg und man sollte diesen mindestens noch zwei Jahre weitergehen.

## 1. Abstimmung

- Auf den **Antrag der SVP-Fraktion (J. Staudenmann)** eine Übergangsregelung von zwei Jahren für die Anstellung der Lehrkräfte in Art. 26 aufzunehmen **entfallen 18 Stimmen.**
- Auf den **Antrag der SP-Fraktion (A. Trummer)** die Anstellung der Lehrkräfte in die Kompetenz der Schulleitungen zu legen (Art. 15 und 17) **entfallen 14 Stimmen.**

## 2. Abstimmung

- Auf den **Antrag der SVP-Fraktion (J. Staudenmann)** eine Übergangsregelung von zwei Jahren für die Anstellung der Lehrkräfte in Art. 26 aufzunehmen **entfallen 27 Stimmen.**

- Auf den **Antrag des Gemeinderates** die Anstellungen bei der Schulkommission zu belassen **entfallen 5 Stimmen**.

### Seite 9 (Artikel 18)

**Theres Indermühle (FS):** Der neue ominöse Artikel 18 passt der FS-Fraktion nicht. Dieser vierpunkte Bandwurm ist überflüssig. Er strapaziert das Reglement, welches knapp und klar sein sollte, unnötig. Die Formulierung im bisherigen Artikel 18.1 „Die Lehrerschaft hat ein Antragsrecht, welches sie selber in der Schulkommission vertreten kann“ reicht völlig aus. Die FS-Fraktion **beantragt** deshalb, Artikel 18 neu zu streichen.

### Abstimmung

Der **Antrag der FS-Fraktion (Th. Indermühle)** Art. 18 neu zu streichen und den bisherigen Art. 18 beizubehalten wird **mit grossem Mehr zugestimmt**.

**Theres Indermühle** zitiert nochmals, dass Art. 18 neu ganz weggelassen und der bisherige Art. 18 übernommen werden soll.

**Jolanda Brunner:** Der Gemeinderat und die Kommission 1 Volksschule sind der Ansicht, dass es hier ganz klar eine Trennung der operativen und der strategischen Ebene geben muss. Die Schulleitungen sollen die Ansprechpartner der Kommission sein. Es ist deshalb besser, eine Regelung einzuführen, wie dies in Artikel 18 neu formuliert wurde. Es ist auch nicht klar definiert, wer ein Antragsrecht an die Kommission hat. Handelt es sich nun um einzelne Lehrkräfte oder wie auch immer. Der Gemeinderat und die Spezialkommission beantragen deshalb die Variante Artikel 18 neu.

**Urs Gurtner:** Er unterstützt den Antrag der FS-Fraktion. Im bisherigen Artikel 18.2 steht, dass die Mitwirkung und Information der Lehrkräfte durch eine Verordnung geregelt wird. Dies reicht aus und der neue Artikel 18 mit dem Bandwurm wird nicht benötigt.

**Philipp Zimmermann:** Er unterstützt den Antrag der FS-Fraktion (Th. Indermühle) und möchte diesen noch erweitern, indem man das Wort Lehrerschaft durch Lehrerkonferenz ersetzt. Dann wäre klar, dass es sich nicht um irgend einen Lehrer handeln kann, sondern die Meinung der Lehrerkonferenz als Ganzes.

**Monika Lanz:** Heisst das nun, dass alle 140 Lehrer einen Antrag stellen können? Dies ist nicht ganz realistisch oder handelt es sich um die Lehrerkonferenz eines Schulhauses. Der Artikel 18 neu wäre für die Umsetzung besser geeignet. Dieser Artikel ging bei allen Lehrerkollegien durch die Vernehmlassung. Die Privatwirtschaft funktioniert nicht bei der Schule. Beim nun vorliegenden Antrag verhält es sich ähnlich, wie ein Mitarbeiter beim Verwaltungsrat einer Firma einen Antrag stellen könnte. Das funktioniert nicht. Sie plädiert für den detaillierten Artikel 18 neu. Dieser ist machbar.

**Nadja Keiser:** Der gesamte Artikel 18 neu könnte doch in die geplante Verordnung übernommen werden, dann haben wir „den Fünfer und das Weggli“. Es muss offenbar eine Verordnung geben, wenn Litera 2 stehen bleibt.

**Jürg Staudenmann:** Er stellt einen **Ordnungsantrag**. Vorher wurde über den Antrag der FS-Fraktion (Th. Indermühle) abgestimmt. Das Resultat liegt vor. Was passiert nun mit diesem Resultat? Entweder kommt man auf den gefällten Entscheid zurück, aber man kann nun nicht mehr

weiterberaten. Die beiden Artikel 18 und 18 neu wurden einander klar gegenübergestellt und darüber abgestimmt. Er stellt den **Ordnungsantrag**, ob man nochmals auf den Antrag der FS-Fraktion zurückkommt oder nicht. Ansonsten ist das Prozedere juristisch nicht tragbar.

**Die Vorsitzende** erklärt, dass sie die Diskussion nochmals eröffnet hat, da sie gesehen hat, wie zögerlich die Abstimmung gelaufen ist. Die nun gehörten Voten dienten eher zur Klärung der Sachlage. Die Abstimmung war wohl etwas zu früh erfolgt. Es geht nicht darum, dass ihr das Resultat missfallen wäre, sondern weil einige Mitglieder eher einen fassungslosen Eindruck gemacht haben. Deshalb wurde die Diskussion nochmals eröffnet.

**Jürg Staudenmann:** Dies reicht als Erklärung nicht. Man muss nochmals auf den Entscheid zurückkommen. Wir haben bereits abgestimmt. Es muss zuerst über den Rückkommensantrag abgestimmt werden.

### **Abstimmung**

**Mit grossem Mehr** wird beschlossen, **nicht mehr** auf den Antrag der FS-Fraktion (Th. Indermühle) zurückzukommen.

**Die Vorsitzende** präzisiert, dass somit Artikel 18 stehen bleibt und Artikel 18 neu gestrichen wird. Das heisst auch, dass die von Philipp Zimmermann beantragte Änderung mit Lehrerkonferenz nicht aufgenommen wird.

**Bernhard Hauck:** Er hat eine Verständnisfrage. Was ist genau mit den Lehrerkonferenzen gemeint? Was ist dies für ein Gremium (alle Lehrer oder ein Lehrerkonvent oder ein Ausschuss). Er möchte dies hier noch geklärt haben.

**Jolanda Brunner:** Gemäss dem bisherigen Artikel 18 heisst es, dass die Lehrerschaft ein Antragsrecht an die Schulkommission hat und die Details in einer Verordnung geregelt werden. Die Schulkommission wird dies nun in einer Verordnung regeln. Es ist anzunehmen, dass dies in die Richtung geht, wie dies Nadja Keiser vorhin ausgeführt hat. Was die Lehrerschaft genau ist, wird nun in einer Verordnung geregelt.

**Beschluss** (mit 33 : 0 Stimmen, bei 1 Enthaltung)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 39 c) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Das Schulreglement der Einwohnergemeinde Spiez wird mit folgenden Ergänzungen genehmigt:

#### **Art. 26 neu**

Die Kompetenz der Schulkommission, Anstellung der Lehrkräfte gemäss Art. 15 Abs. 3, zweites Alinea, fällt zwei Jahre nach Inkrafttreten des Schulreglements dahin; die Anstellung der Lehrkräfte erfolgt ab diesem Zeitpunkt durch die Schulleitung.

**Art. 18 neu**  
gestrichen

2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Artikel 31 der Gemeindeordnung.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

**50 8.401 Gemeindeliegenschaften**  
**Gemeindeliegenschaften Gygerweg 39/49 / Verkauf**

**Die Vorsitzende** orientiert, dass die Sprecher des Gemeinderates und der GPK über die Geschäfte 6 und 7 sprechen werden. Die anschliessende Behandlung erfolgt jedoch getrennt.

**Ausführungen des Gemeinderates**

**Kurt Frei:** Bereits in den Legislaturzielen 2005 – 2008 hat der Gemeinderat beschlossen, im Bereich der Finanzvermögenliegenschaften eine Devestitionsstrategie zu fahren. Eine vom Grossen Gemeinderat überwiesene Motion hat diese Strategie zusätzlich gestützt und untermauert. Anlässlich der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 15. September 2008 hat dieser von den Ergebnissen Kenntnis genommen, welche Liegenschaften als verkaufsfähig eingestuft werden und welche Liegenschaften nicht verkauft werden sollen. Im Rahmen der Analyse des Gemeindeportfolios ist auf die professionellen Dienste der Firma Wüest und Partner zurückgegriffen worden, welche den Prozess begleitet hat. Aufgrund eines Beurteilungsrasters hat eine Selektion stattgefunden. Der Gemeinderat möchte in einer ersten Tranche die schlecht oder sogar negativ rentierenden Liegenschaften zum Verkauf freigeben. Das aktuelle Umfeld mit den tiefen Zinsen und der schlechten Börsensituation wird für den Verkauf von Gemeindeliegenschaften als gut eingeschätzt. Je nach Situation ist es wichtig, dass mit potenziellen Käufern und Investoren eine rasche Verkaufsabwicklung möglich ist. Dies ist der Grund, dass vorgängig beim zuständigen Organ der Grundsatzbeschluss eingeholt wird. Bei den Liegenschaften Kappelenstrasse 3, Kornweidliweg 21 und 23, Hintere Gasse 8, Leimernweg 8 und Frutigenstrasse 13 ist das zuständige Organ der Grosse Gemeinderat. Im Fall der Mehrfamilienhäuser Gygerweg 39 und 41 braucht es bei einem positiven Beschluss des GGR noch die Zustimmung der Stimmberechtigten. Da es sich bei allen Objekten um Finanzvermögen handelt, möchte der Gemeinderat diese Liegenschaften bestmöglich verkaufen. Soll ein möglichst guter Verkaufspreis erzielt werden, ist es wichtig, dass die einzelnen Objekte mit nicht zu vielen Verkaufskriterien belastet werden. Jedes zusätzliche Kriterium drückt schlussendlich auf den Preis. Aus diesem Grund stellt der Gemeinderat das Kriterium „Verkauf an den Meistbietenden“ in den Vordergrund. Im Falle der Verkäufe der Parzellen Bühl oberhalb des Bahnhofs im Jahr 2004 hat sich gezeigt, dass der Markt sehr gut spielt und sich eine gute Durchmischung von Familien und Neuzuzüglern automatisch ergibt. Zudem dürfte der Einbau von zusätzlichen Kriterien je nach Kriterium auch zu einem Interpretationsspielraum führen, welcher für den Zuschlagsentscheid erschwerend sein könnte. Nachdem der Gemeinderat den Entscheid gefällt hat, welche Liegenschaften er dem Grossen Gemeinderat zum Verkauf empfehlen will, sind sämtliche Mieter über diesen Entscheid informiert worden. Bis heute sind keine Reaktionen seitens der Mieterschaft eingegangen. Auf eine Vorstellung der einzelnen Verkaufsobjekte wird verzichtet, da die GGR-Mitglieder mit den Unterlagen bereits eine umfangreiche Beschreibung der Liegenschaften erhalten haben.

**Stellungnahme der GPK**

**Klaus Aegerter:** Bei der Überprüfung des Geschäftes ist Paul Müller aufgefallen, dass es sich um sieben und nicht um fünf 5 ½-Zimmerwohnungen handelt. Die Motion von Jürg Staudenmann hat verlangt, dass man die Liegenschaften des Finanzvermögens überprüft. Dies wurde durchgeführt.

Die Finanzverwaltung hat zusammen mit der Firma Wüest und Partner eine Erstbeurteilung vorgenommen. Die Kriterien der Bewertung sind in den Unterlagen aufgeführt. Es handelt sich um Renditeüberlegungen, langfristige Standortsicherungen, Entwicklungspotenzial, Verkaufsfähigkeit etc. Aufgrund eines Rasters wurde entschieden, welche Liegenschaften veräussert werden sollen. Die Zeit wird als günstig eingeschätzt, da wohl mehr in Sachwerte als in Börsenpapiere investiert wird. Die Firma Wüest und Partner hatte bei der Bewertung der Liegenschaften Gygerweg 39/41 wohl eine Zürcher-Optik und kam auf Fr. 4.4 Mio. Die Finanzkommission und der Gemeinderat kamen aber zum Schluss bei Fr. 3.9 Mio. zu beginnen. Bei den übrigen Parzellen ist man ebenfalls der Ansicht, dass ein Verkauf Sinn macht. Der Verkauf der Liegenschaften Gygerweg 39/41 muss noch den Stimmberechtigten unterbreitet werden. Die übrigen Liegenschaften liegen in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates. Die GPK empfiehlt, den beiden Geschäften zuzustimmen.

## Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

## Fraktionssprecher

**Godi Bärtschi (EVP):** Die EVP-Fraktion kann dem Verkauf der Liegenschaften Gygerweg 39/41 in der vorliegenden Form nicht zustimmen. Wohl bald die letzten günstigen Wohnungen in Spiez sollen dem Meistbietenden verkauft werden. Wo bleibt der Wille des Gemeinderates Spiez als familienfreundlichen Wohnort zu erhalten oder zu gestalten, wie dies auch aus den Legislaturzielen abgeleitet werden kann. Durch den Verkauf an den Meistbietenden werden die Wohnungen unnötig verteuert und Familien mit niedrigem Einkommen werden die Mietzinse kaum mehr aufbringen können oder müssen sonst den Gürtel enger schnallen. Die Folgen kann man sich ausdenken. Die EVP-Fraktion könnte sich aber vorstellen, dass die beiden Mehrfamilienhäuser in eine Wohnbaugenossenschaft überführt werden und so günstigen Wohnraum für Familien zur Verfügung stellen könnte. Der Vorteil wäre, dass mit den Mieteraufnahmekriterien auch wirklich Familien mit tiefem Einkommen davon profitieren könnten. Dies ist heute vielleicht nicht der Fall. Deshalb stellt die EVP-Fraktion den **Antrag**, die beiden Mehrfamilienhäuser nicht dem Meistbietenden zu verkaufen, sondern die familienfreundlichste Lösung zu suchen. Der Text „dem Meistbietenden“ ist durch „Käufer mit dem ganzheitlich besten Angebot“ zu ersetzen. Das ganzheitlich beste Angebot heisst, unter anderem familienfreundliche Mietzinse. Die EVP-Fraktion ist auch für den Schuldenabbau, jedoch mit dem richtigen Mass und nicht zu Lasten der Familien in Spiez. Mit dem Verkauf an Meistbietende hat man in letzter Zeit schlechte Erfahrungen gemacht.

**Martin Fink (FS):** Es wurde bereits mehrfach ausgeführt, dass die Verwaltung von Liegenschaften nicht zu den Kernaufgaben einer Gemeinde gehört. Eine Brutto-Rendite von über 6 % kann für einen Liegenschaftsbesitzer unter Umständen ein gutes Renditeobjekt sein, wenn die Liegenschaft in einem gut unterhaltenen Zustand ist. Leider ist dies am Gygerweg 39/41 nicht der Fall. Grössere unabdingbare Sanierungs- respektive Unterhaltsarbeiten sind in absehbarer Zeit nötig. Der klassische Unterhalt einer Liegenschaft kann nicht über Mietzinsanpassungen abgewälzt werden. Einzig wertsteigernde oder wertvermehrnde Investitionen/Massnahmen (wie eine neue Küche und/oder ein neues Bad mit mehr Komfort) können über eine Anpassung geltend gemacht werden. Eine Anpassung von unterdurchschnittlichen Mieten von rund 25 % (nachdem bereits Anpassungen vorgenommen wurden) halten vor keinem Gericht stand. Bei einem geschätzten Erlös von Fr. 3.9 Mio. stehen die anstehenden Sanierungskosten von rund Fr. 900'000.00 in keinem Verhältnis. Man fragt sich, ob in den letzten Jahren der Unterhalt aus Spargründen vernachlässigt und ob die ordentlichen Rückstellungen für den Unterhalt getätigt worden sind. Die FS-Fraktion unterstützt den Verkauf der Liegenschaften Gygerweg 39/41.

**Peter Luginbühl (SVP):** Die SVP-Fraktion hat sich mit dem Verkauf der Liegenschaften Gygerweg 39/41 befasst. Folgende Gründe sprechen für einen Verkauf:

1. Es handelt sich nicht um ein Kerngeschäft der Gemeinde, solche Liegenschaften zu unterhalten.
2. Die anstehenden, umfangreichen Renovationsarbeiten können nicht auf die Mieter überwältigt werden. Somit müssten die Liegenschaften zukünftig mit Steuergeldern subventioniert werden.
3. Die Nachfrage für den Kauf von Mehrfamilienhäusern ist momentan nicht schlecht.

Aus diesen Gründen empfiehlt die SVP-Fraktion die Liegenschaften Gygerweg 39/41 gemäss Antrag des Gemeinderates zu verkaufen.

**Daniel Lanz (FDP):** Der Gemeinderat erfüllt mit dieser Vorlage einen Auftrag des GGR. Es handelt sich um einen guten und vernünftigen Antrag. Deshalb unterstützt die FDP-Fraktion den Antrag des Gemeinderates.

**Susanne Kaiser (SP):** Die SP-Fraktion kann dem Geschäft aus strategischen und finanzpolitischen Gründen zustimmen. Über die Formulierung betreffend Verkauf an den Meistbietenden wurde lange diskutiert. Trotz verschiedener Einwände kann die SP-Fraktion dem Verkauf zustimmen.

**Philipp Zimmermann (GS):** Die GS-Fraktion hat Verständnis für das Anliegen der EVP-Fraktion, dass soziale Komponenten berücksichtigt werden. Die Liegenschaften sind jedoch Teil des Finanzvermögens der Gemeinde. Sie haben keine Aufgaben in der Gemeinde zu erfüllen. Sie sind nicht als Sozialwohnungen geplant worden und werden auch nicht als solche unterhalten. Es besteht ein gewisses Risiko, wenn die Renovationen nicht auf die Mietzinse abgewälzt werden können. Dies würde dazu führen, dass mit Steuergeldern das private Wohnen subventioniert würde. Für die Mieter handelt es sich nicht um die beste Situation. Ansonsten müssten die Liegenschaften als Sozialwohnungen mit entsprechenden Auflagen bezeichnet werden. Wenn man jedoch die Liegenschaften als Teil des Finanzvermögens betrachtet, ist es klar, dass es sich um eine Geldanlage handelt. Deshalb kann auch die GS-Fraktion einem Verkauf der Liegenschaften zustimmen.

### **Diskussion über den Antrag der EVP-Fraktion**

**Markus Wenger:** Mit dem Antrag, die Liegenschaften dem Anbieter mit dem ganzheitlich besten Angebot zu verkaufen, soll dem Gemeinderat mehr Spielraum gegeben werden. Bei zwei Angeboten mit einer geringen Differenz, muss das Angebot mit dem höheren Kaufpreis berücksichtigt werden, auch wenn die andere Familie aus gewissen Umständen besser zu dieser Liegenschaft gepasst hätte. Damit hätte man den nötigen Spielraum, damit das ganzheitlich beste Angebot und nicht nur der reine Frankenbetrag berücksichtigt wird.

**Walter Holderegger:** Ein Teil der SP-Fraktion ist der Ansicht, dass man nicht päpstlicher als der Papst sein und hier etwas Flexibilität an den Tag legen sollte. Wir haben eine soziale Verantwortung auch beim Verkauf der anstehenden Liegenschaften. Es wurde angetönt, dass man versuchen könnte, diese Liegenschaften einer Wohnbaugenossenschaft oder einzelnen Familien mit familienfreundlichen Absichten zu verkaufen. Er stellt den **Antrag**, die Liegenschaften an den Meistbietenden mit einer familienfreundlichen Absichtserklärung zu verkaufen.

**Jürg Staudenmann:** Er hat sehr grosses Verständnis für die gestellten Anträge. Was heisst aber ganzheitlich und was sind familienfreundliche Absichten? Wir müssen aufpassen, dass wir dem Gemeinderat „kein Ei ins Nest“ legen und dass er nicht neue Bedingungen formulieren muss. Er hat noch keine Definition gehört, was ganzheitlich genau bedeutet. Ansonsten müssten die Aspekte aufgezählt werden. Man kann es vergleichen mit einer Bauausschreibung, wo die Kriterien überprüft werden können. Es müssen für alle die gleichen Bedingungen herrschen (Gleichheit). Die Gemeinde ist nicht dazu da, beim Finanzvermögen gewisse Kreise zu bevorzugen. Hier riskiert die Gemeinde gewisse juristische Konsequenzen. Dies muss man sich bewusst sein. Die Kriterien müssen ganz klar definiert sein.

**Pia Hutzli:** Sie schliesst sich dem Votum von Jürg Staudenmann an und ergänzt, dass es gut wäre, wenn finanziell schlechter gestellte Familien Raum erhalten würden. Wir wissen aber nicht, ob diese Liegenschaften noch weiterverkauft werden. Sonst müsste hier noch eine Klausel eingeführt werden.

**Godi Bärtschi:** Er hat in der Zeitung gelesen, dass Lauterbrunnen auch Gemeindeliegenschaften verkaufen will. Der Gemeinderat will die Liegenschaften nicht möglichst gewinnbringend, sondern zu einem vernünftigen Preis an eine einheimische junge Familie verkaufen. Anderen Gemeinden gelingt dies. Wir sollten einmal etwas unternehmen für unsere Familien in Spiez. Auch im Bühl wurden Parzellen an die Meistbietenden verkauft. Damals hat er den Antrag gestellt, einen Bonus von 10 % aufzunehmen. Dies wurde grossmehrheitlich abgelehnt. Er hat auch mitgekommen, zu welchen Preisen die Parzellen verkauft wurden. Was heisst aber gut durchmischt. Handelt es sich allesamt um gutverdienende Personen oder heisst es auch Leute, welche weniger verdienen und auch eine gute Aussicht möchten.

**Daniel Lanz:** Er stellt die Frage, ob man das Gegenteil von „gut“ kennt? Es ist „gut gemeint“. Er hat den Verdacht, dass es sich um gut gemeinte Vorschläge handelt, welche durchaus enkeltauglich sind. Man ist jedoch im falschen Film. Es geht darum, Vermögenswerte des Finanzvermögens anders anzulegen. Es handelt sich nicht um sozialen Wohnungsbau. Der Auftrag des GGR muss umgesetzt werden. Man darf dies nicht mit anderen sozialen Gedanken vermischen. Ansonsten müsste ein anderer Antrag gestellt werden, wenn man sozialen Wohnungsbau will.

**Anna Fink:** Die EVP-Fraktion ist hartnäckig und meint es nicht nur gut sondern ernst. Es geht nicht darum ja oder nein zu sagen, sondern an den Verkauf gewisse Kriterien zu binden. Es ist klar, dass es sich nicht um ein Kerngeschäft der Gemeinde handelt. Die Gemeinde sollte jedoch ein gewisses Interesse an einer guten Altersdurchmischung haben. Die Altersbefragung hat gezeigt, wie es sich mit der demografischen Entwicklung der Gemeinde Spiez in Zukunft verhält. Die Gemeinde hat ihre Schulhäuser für viel Geld saniert. Man sollte nun auch darauf schauen, dass diese Infrastruktur mit genügend Schulklassen genutzt wird. Mit den entsprechenden Verkaufskriterien signalisiert die Gemeinde, dass sie enkeltauglich handelt. Deshalb setzt sie sich für den Antrag der EVP-Fraktion ein, die Liegenschaften nicht an den Meistbietenden zu verkaufen.

**Kurt Frei:** Seit dem Jahr 2000 wurden in die Liegenschaften Gygerweg 39/41 rund Fr. 1.2 Mio. investiert (Fr. 400'000.00 für Fenstersanierungen und Fr. 846'000.00 für Küchen und Bäder). Bereits damals wurden die Mietzinse erhöht. Wenn ein Mieter die Erhöhung angefochten hätte, ist anzunehmen, dass er wohl vor Gericht allenfalls Recht erhalten hätte. Das Problem ist, dass man jahrelang keine Mietzinserhöhungen vorgenommen hat. Der Mieterspiegel zeigt, dass es in den letzten Jahren kaum Mieterwechsel gegeben hat. Rückstellungen waren nicht möglich, da es für die Liegenschaften des Finanzvermögens bisher keine Spezialfinanzierung gegeben hat. Die Erträge aus den Liegenschaften werden vollständig der laufenden Rechnung gugeschrieben ein. Sozialer Wohnungsbau gehört in die Liegenschaften des Verwaltungsvermögens. Wir sprechen hier aber von Liegenschaften des Finanzvermögens. Die Liegenschaften sollen nun wieder verkauft werden. Das investierte Geld soll für andere Zwecke verwendet werden. In Spiez gibt es eine Wohnbaugenossenschaft. Er ist zufällig dort im Vorstand vertreten. Sie bekundet zum Teil Mühe Wohnungen zu vermieten. Im Bühl gibt es eine gute Durchmischung. Es sind viele junge Familien dort zu Hause. Wenn man aber wirklichen sozialen Wohnungsbau betreiben möchte, müsste man dies im Verwaltungsvermögen machen, aber nicht mit Liegenschaften des Finanzvermögens.

## 1. Abstimmung

Auf den **Antrag der EVP-Fraktion** die Liegenschaften nicht dem Meistbietenden sondern demjenigen mit dem ganzheitlich besten Angebot zu verkaufen entfallen **mehr Stimmen**, als auf den

**Antrag von Walter Holderegger**, die Liegenschaften demjenigen mit der familienfreundlichsten Absichtserklärung zu verkaufen.

## 2. Abstimmung

Auf den **Antrag der EVP-Fraktion** die Liegenschaften nicht dem Meistbietenden sondern demjenigen mit dem ganzheitlich besten Angebot zu verkaufen entfallen **9 Stimmen**.

Dem **Antrag des Gemeinderates**, die Liegenschaften dem Meistbietenden zu verkaufen wird mit **grossem Mehr zugestimmt**.

## Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

**Beschluss** (mit 27 : 5 Stimmen, bei 3 Enthaltungen)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 27 Abs. 2b) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Dem Verkauf der Liegenschaften Gygerweg 39 und 41 an den Meistbietenden wird zu Handen der Volksabstimmung zugestimmt.
2. Der Mindestverkaufspreis für die Mehrfamilienhäuser Gygerweg 39 und 41 beträgt je **Fr. 1.95 Mio, zusammen Fr. 3.9 Mio**.
3. Das Ratsbüro GGR wird ermächtigt, die Urnenbotschaft abzufassen.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt und ermächtigt, die einzelnen Kaufverträge abzuschliessen.

## 51 8.401 Gemeindeliegenschaften Liegenschaften des Finanzvermögens / Verkauf

### Ausführungen des Gemeinderates

Siehe unter Geschäft Verkauf Liegenschaften Gygerweg 39/41.

### Stellungnahme der GPK

Siehe unter Geschäft Verkauf Liegenschaften Gygerweg 39/41.

### Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

## Fraktionssprecher

**Markus Wenger (EVP):** Die EVP-Fraktion **beantragt**, den Meistbietenden zu ersetzen mit das ganzheitlich beste Angebot. Er ist überzeugt, dass diese Lösung juristisch kein Problem darstellt. Die Gemeinde wird damit kein Geld verlieren, da durch die ganzheitliche Betrachtung langfristig mehr Geld in der Kasse sein wird. In der Wirtschaft wurde in den letzten 10 Jahren erkannt, dass es Sinn macht, die weichen Faktoren zu berücksichtigen. Häufig wird in der Privatwirtschaft nicht das billigste Angebot berücksichtigt, sondern lieber etwas mehr bezahlt. Durch seine Tätigkeit als Gutachter stellt er häufig bei öffentlichen Bauten fest, dass durch die Wahl des billigsten Angebotes viel Geld verloren geht. Es macht Sinn, einzelne Liegenschaften etwas günstiger zu verkaufen und das Geld auf anderem Weg wieder hereinzuholen.

**Martin Fink (FS):** Letzten Samstag wurde im Berner Oberländer ein Bericht über dieses Geschäft veröffentlicht. Er zeigt sich etwas perplex, dass bereits etwas vorgegriffen wurde und bereits über Summen gesprochen wurde. Weiter gestört hat, dass von den sechs Liegenschaften fünf als Abbruchobjekte taxiert werden. Wenn wir Geld lösen wollen, muss das Wort Abbruchobjekt aus den Unterlagen gestrichen werden. Wenn die Liegenschaften als Abbruchobjekte taxiert werden, müssen mehrere Fr. 10'000.00 vom Erlöspreis für den Abbruch abgezogen werden.

**Kurt von Känel (SVP):** Die SVP-Fraktion kann auch diesem Geschäft zustimmen. Etliche dieser Gebäude sind in einem desolaten Zustand und die Bausubstanz ist schlecht. In der Vergangenheit sind bei diesen Liegenschaften nur die allernötigsten Sanierungen durchgeführt worden. Die vorliegenden Gebäude müssen saniert oder abgerissen werden. Für die Gemeinde sind solche Sanierungen kein gutes Geschäft. Dem Antrag des Gemeinderates ist zuzustimmen.

**Susanne Kaiser (SP):** Die SP-Fraktion kann dem Verkauf der Liegenschaften zustimmen.

## Diskussion über den Antrag der EVP-Fraktion

**Jürg Staudenmann:** Auch hier muss nach wie vor nochmals nachgefragt werden, was genau ganzheitlich bedeutet. Der GGR muss dem Gemeinderat mitgeben, welche Kriterien genau gemeint sind. Er hat immer noch keine Kriterien dazu erhalten. Was wird genau unter dem Begriff ganzheitlich verstanden. Dies muss klar definiert werden, sonst ist nicht einzusehen, warum dieser Begriff aufgenommen werden soll.

**Godi Bärtschi:** Die EVP-Fraktion hat die Kriterien bewusst nicht einschränken wollen. Ganzheitlich soll bedeuten: familienfreundlich, zahlbar auch für Familien. Der Gemeinderat führt in seinen Strategischen Zielen auf: entgegen dem gesellschaftlichen Trend bleibt die gutdurchmischte Bevölkerungsstruktur (Alter, Einkommen) in der Gemeinde erhalten. Zielsetzung: Die Gemeinde schafft gute Rahmenbedingungen für Gewerbe und Tourismus, auch in Zusammenarbeit mit Dritten. Weiter steht: Die Alters- und Einkommensstruktur bleibt auf aktuell gutem Stand. Um dies zu erreichen, müssten Wohnungen angeboten werden, welche in einem finanziellen Rahmen liegen für ältere Leute und jungen Familien und nicht für den Meistbietenden.

**Markus Kiener:** Auf Seite 6 der Verkaufsdokumentation hat er festgestellt, dass die Liegenschaft Kapellenstrasse durch einen Erbgang an die Gemeinde übergegangen ist. Bei Daniel Wyss, Dienstchef Liegenschaften, hat er nachgefragt, ob es damals Auflagen gegeben hat. Diese sind hier nicht aufgelistet. Es ist aber so, dass die Erblasserin klar bestimmt hat, dass das Haus nur an Familien mit Kindern vermietet werden darf und es muss gekündigt werden, sobald die Kinder volljährig sind. Diese Auflage fällt bei einem Verkauf dahin. Der soziale Aspekt stand also dahinter und soll deshalb auch hier nicht ausser acht gelassen werden.

**Kurt Frei:** Die Erblasserin hat die Liegenschaft ohne Auflagen der Gemeinde vermacht. Die von Markus Kiener zitierte Auflage hat der damalige Gemeinderat festgelegt.

**Urs Gurtner:** Er **beantragt**, an den Meistbietenden zu streichen, da ein Mindestverkaufspreis festgelegt wurde. Der Gemeinderat soll entscheiden, in welchem Fall er welche Liegenschaft wem geben will.

**Walter Holderegger:** Er hat Verständnis, wenn die Liegenschaftsverkäufe knallhart durchgezogen werden sollen. Als Privater hat er die Möglichkeit, sein Haus demjenigen zu verkaufen, welcher ihm am besten zusagt. Mit dem Antrag von Urs Gurtner wird es nun möglich sein, eine Liegenschaft vielleicht einer Familie zu verkaufen, welche nur das zweitbeste Angebot eingereicht hat. Damit hat der Gemeinderat einen gewissen Spielraum. Der Antrag von Urs Gurtner wird deshalb unterstützt.

### 1. Abstimmung

Auf den **Antrag der EVP-Fraktion** die Liegenschaften nicht dem Meistbietenden sondern demjenigen mit dem ganzheitlich besten Angebot zu verkaufen entfallen **7 Stimmen**.

Dem **Antrag von Urs Gurtner** dem Meistbietenden zu streichen wird mit **grossem Mehr zugestimmt**.

### 2. Abstimmung

Dem **Antrag von Urs Gurtner** dem Meistbietenden zu streichen wird mit **20 Stimmen zugestimmt**.

Der **Antrag des Gemeinderates**, die Liegenschaften dem Meistbietenden zu verkaufen wird mit **12 Stimmen abgelehnt**.

### Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

### Beratung und Beschluss über die einzelnen Liegenschaften

- a) Liegenschaft Kapellenstrasse 3 (mit grossem Mehr)
- b) Liegenschaft Kornweidliweg 21 und 23 (mit grossem Mehr)
- c) Liegenschaft Hintere Gasse 8 (mit grossem Mehr)
- d) Liegenschaft Leimernweg 8 inkl. Nachbarparzelle Nr. 3118 (mit grossem Mehr)
- e) Liegenschaft Frutigenstrasse 13 inkl. Nachbarparzellen Nr. 600 und 1156 (mit grossem Mehr)

### Beschluss

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40a) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Die Liegenschaft Kapellenstrasse 3 wird ~~an den Meistbietenden~~ verkauft. Der Mindestverkaufspreis beträgt Fr. 780'000.
2. Die Liegenschaften Kornweidliweg 21 und 23 werden ~~an den Meistbietenden~~ verkauft. Der Mindestverkaufspreis beträgt für die Liegenschaft Kornweidliweg 21 Fr. 117'200 (Fr. 400/m<sup>2</sup>) sowie für die Liegenschaft Kornweidliweg 23 Fr. 239'200 (Fr. 400/m<sup>2</sup>).
3. Die Liegenschaft Hintere Gasse 8 wird ~~an den Meistbietenden~~ verkauft. Der Mindestverkaufspreis beträgt Fr. 226'000 (Fr. 280/m<sup>2</sup>).
4. Die Liegenschaft Leimernweg 8 inkl. Nachbarparzelle Nr. 3118 werden ~~an den Meistbietenden~~ verkauft. Der Mindestverkaufspreis für die Liegenschaft Leimernweg 8 beträgt Fr. 260'000 sowie für die Parzelle Nr. 3118 Fr. 111'000 (Fr. 220/m<sup>2</sup>).
5. Die Liegenschaft Frutigenstrasse 13 inkl. Nachbarparzellen Nr. 600 und 1156 werden ~~an den Meistbietenden~~ verkauft. Der Mindestverkaufspreis für die Liegenschaft Frutigenstrasse 13 beträgt Fr. 70'000 (Fr. 220/m<sup>2</sup>), für die Parzelle Nr. 600 Fr. 105'000 (Fr. 220/m<sup>2</sup>) und für die Parzelle Nr. 1156 Fr. 171'400 (Fr. 220/m<sup>2</sup>).
6. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt und ermächtigt, die einzelnen Kaufverträge abzuschliessen.

---

**Pause von 19.50 - 20.20 Uhr**

---

## **52 1.466 Ortsmarketing**

### **Ortsmarketing Spiez / Wahl Modell Spiez Marketing AG, Gemeindebeitrag**

**Die Vorsitzende** begrüsst Dr. Daniel Fischer als Sachverständiger. Er wird gemäss Art. 4.3 der Geschäftsordnung des GGR das Modell vorstellen.

#### **Ausführungen des Gemeinderates**

**Franz Arnold:** Der GGR hat am 28. November 2005 der Schaffung einer Stelle Professionelles Ortsmarketing mit 60 Stellenprozenten, befristet auf 3 Jahre zugestimmt. Gleichzeitig hat der GGR beschlossen, vor Ablauf der befristeten Anstellung rechtzeitig Bericht und Antrag über den weiteren Verlauf zu erhalten. Im Juni 2006 erfolgte die Anstellung des Verantwortlichen Ortsmarketing. Aus dieser Anstellung hat man verschiedene Erkenntnisse gezogen. Man hat festgestellt, dass mit der neuen Stelle eine Gesamtorganisation zwingend erforderlich ist und zwar mit starker Einbindung der wichtigen Akteure in eine Organisation. Im Juni 2007 hat der Gemeinderat beschlossen, das Projekt Gesamtorganisation Ortsmarketing anzugehen. Der Vorsitz wurde vom Gemeindepräsidenten übernommen. Projektleiter war der damalige Verantwortliche Ortsmarketing und ein externer Berater wurde beigezogen. Der Ausschuss, bestehend aus den Organisationen und Personen, wie in der Vorlage aufgelistet, ist an 16 Sitzungen die anspruchsvolle und interessante Projektentwicklung angegangen. Man konnte auf die fachkompetente Begleitung durch den externen Begleiter, Dr. Daniel Fischer, zählen. Es war ein engagiertes Mitwirken aller Beteiligten. Es hat dabei eine Annäherung unter den Organisationen stattgefunden. Man hat schnell erkannt, dass bevor ein Modell Gesamtorganisation Ortsmarketing vorgelegt werden kann, das touristische Geschäft als Hauptteil in „eine Organisation“ überführt werden muss. Es entstand eine Art Teilprojekt mit der Vereinigung von Faulensee Tourismus und Spiez Tourismus unter ein Dach. Das Modell

Spiez Marketing AG wurde dem Gemeinderat am 8. Dezember 2008 vorgestellt. Anlässlich von ausserordentlichen Hauptversammlungen der beteiligten Organisationen im Januar/Februar 2009 wurde diesem grossmehrheitlich zugestimmt. Am 12. März 2009 fand eine öffentliche Information für GGR-Mitglieder und andere Interessierte statt. Anschliessend wurde eine kurze Frist für eine Vernehmlassung bis 10. April 2009 gewährt. Die Anliegen der Vernehmlassung wurden soweit möglich in die Vorlage eingebaut.

**Daniel Fischer, externer Berater:** Die Idee und der Zweck der Organisation ist, dass alle Aktivitäten des Ortsmarketings aus einer Hand ausgeführt werden. Es gibt künftig kein operatives Tourismusbüro mehr und auch keinen Nachfolger von Beat Schlegel. Dies soll helfen, den Standort Spiez besser zu vermarkten und auch die Attraktivität zu steigern. Ausserdem sollen auch die als politisch wichtig deklarierten Projekte vorangetrieben werden. Alle politischen Leitvorgaben, wie zum Beispiel die Nachhaltigkeit werden auch für die Spiez Marketing AG gelten. Es ist eine Unternehmung, welche mehrheitlich der Gemeinde gehören soll. Die Spiez Marketing AG soll vier strategische Geschäftsfelder bearbeiten:

- Standortpromotion
- Events
- Projekte
- Dienstleistungen vor Ort

Es handelt sich um einen ganz modernen Ansatz. Es geht dabei auch darum,

- Einwohner zu halten und gewinnen
- Arbeitsplätze halten und schaffen
- Touristen halten und gewinnen

In der Startphase gibt es drei Aktionäre (Gemeinde Spiez, Spiez Tourismus und Gewerbeverband). Es war von Anfang an klar, dass die Gemeinde Hauptaktionärin der neuen AG wird. Sie ist die grösste Geldgeberin und hat die meisten Projekte. Es kann sein, dass in einer späteren Phase weitere Aktionäre aufgenommen werden können. Die neue Organisation wird in der Startphase ein Budget von Fr. 750'000.00 haben. Das Budget setzt sich aus den Beiträgen der Gemeinde, von Spiez Tourismus und dem Gewerbeverband zusammen. Selbstverständlich ist auch vorgesehen, dass projektbezogen weitere Mittel akquiriert werden. Dies ist ein Ziel der neuen AG. Die Mittel werden wieder eingesetzt (Personalkosten, bisherige Kosten, Massnahmen am Markt etc.). Die Gemeinde Spiez ist Mehrheitsaktionärin. Die Idee könnte sein, dass auch Dritte an der AG beteiligt werden (z.B. BLS etc.). Die Idee wäre auch bei einer Einführung der Tourismusförderungsabgabe (TFA), dass der Gewerbeverband einen zweiten Sitz in der AG erhält zu Lasten der Gemeinde. Ob dies jedoch politisch eine Chance hat, wird die Zukunft zeigen. Die Idee ist, dass die Spiez Marketing AG mit den Hauptakteuren (Gemeinde, Spiez Tourismus und Gewerbeverband) Leistungsvereinbarungen abschliesst. Dabei wird vertraglich festgehalten, welche Aufgaben der AG übertragen werden und wie diese Ziele gemessen werden. Mit allen Organisationen, welche einen Beitrag erhalten (Spiezer Agenda 21, Ortsvereine etc.) wird eine spezielle Vereinbarung abgeschlossen. Zusammenfassend kann ausgeführt werden, dass der Vorteil des neuen Modells das Handeln aus einer Hand ist. Es ist zu hoffen, dass die Vernetzung nach Innen noch verstärkt werden kann. Die Freiwilligenarbeit wird auch in Zukunft benötigt. Diese sollen einen leistungsfähigen Projektpartner auf der Gegenseite haben. Es soll ein Wettbewerbsvorteil für Spiez erarbeitet werden mit einem Beitrag zur Attraktivitätssteigerung.

**Franz Arnold:** Man ging von der Annahme aus, dass der Ausschuss mit der Annahme des Modells aufgelöst werden kann. Sehr bald war aber klar, dass dies ein schlechtes Vorgehen wäre. Die ganze Arbeit, welche bereits geleistet wurde, würde so „auf Eis“ gelegt und es würde wertvolle Zeit vergehen. Der Gemeinderat hat am 20. April 2009 beschlossen, die Arbeiten des Ausschusses weiterzuführen. Eine Aufgabe war die Ausschau nach geeigneten Personen für den Verwaltungsrat. Eine weitere Aufgabe war die Ausarbeitung der Absichtserklärung und die Aufgaben der AG zu benennen und die Leistungsverträge zwischen Spiez Marketing AG und den betroffenen Organisa-

tionen vorzubereiten. Wenn der GGR dem Modell heute so zustimmt, wird der designierte Verwaltungsrat seine Aufgabe bereits am Freitag, 26. Juni 2009 aufnehmen, damit die neue Organisation am 1. Januar 2010 seine operative Tätigkeit aufnehmen kann. Für die Benennung der Verwaltungsratsmitglieder gab es zu Beginn eine Liste mit 28 Namen. Nach einem bestimmten Kriterienkatalog wurden die Personen ausgewählt:

- lokal gut vernetzt, verankert und eine gute Akzeptanz
- soziale Kompetenzen, Aktionäre vertreten, keine Interessenskonflikte
- Schweizer Bürger
- Amtsdauer ca. 3 - 6 Jahre
- gewisses Mass an Zeit zur Verfügung haben
- fachliche Optik, gewisses juristisches Know-how
- Marketingkenntnisse
- politisches Gespür
- Managementzugang, Finanzen
- Kooperationsfokus (regional vernetzt)
- Ideen zum Thema Wirtschaft und Tourismus

Dieses Anforderungsprofil wurde angewandt, die Personen auszuwählen. Schlussendlich wurden folgende Personen bestimmt:

#### **Gemeindevertreter**

- Franz Arnold, Gemeindepräsident
- Monika Lanz, Mitglied GGR
- Renato Heiniger, Polizeiinspektor
  
- Dr. Daniel Fischer, externer Berater

#### **Vertreter Spiez Tourismus**

- Valentin Toneatti, eidg. dipl. Treuhänder
- Markus Schneider, Direktor Hotel Belvédère

#### **Vertreter Gewerbeverband**

- Hans Martin Hadorn, Notar

Die Ernennung der Verwaltungsratsmitglieder (Gemeindevertreter) liegt in der Kompetenz des Gemeinderates. Die übrigen Vertreter wurden durch die zuständigen Organe ihrer Organisation bestimmt. Man ist überzeugt, dass das neue Modell Erfolg haben kann, wenn im Verwaltungsrat und im operativen Bereich eine konstruktive Zusammenarbeit erreicht werden kann. In diesem Sinn wird dem GGR gedankt, wenn diesem Geschäft so zugestimmt werden kann.

#### **Stellungnahme der GPK**

**Peter Beyeler:** Die Delegation der GPK hat zusammen mit Gemeindepräsident Franz Arnold das Projekt vorbesprochen und im Detail überprüft. Anlässlich der GPK-Sitzung vom 10. Juni 2009 wurde befunden, dass das Geschäft sowohl juristisch als auch formal gut und korrekt vorbereitet wurde. Mit der Gründung einer AG begibt sich die Gemeinde Spiez auf das Terrain des Privatrechts (Aktienrecht). Dies ist aus Sicht der GPK nichts Ausserordentliches. Ähnliche Konstellationen gibt es schweizweit des Öfters. Der Beschluss ist befristet auf vier Jahre und unterliegt gemäss Art. 31 und 39 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum. Das heisst, dass bei einer Weiterführung der jährlichen Zahlungen automatisch eine Volksabstimmung notwendig wird. Die GPK empfiehlt einstimmig, dem Geschäft zuzustimmen.

#### **Eintreten**

Das Eintreten ist unbestritten.

## Fraktionssprecher

**Walter Holderegger (SP):** Aus eigener Erfahrung weiss er um die seit Jahrzehnten schwierigen Fragen rund um ein koordiniertes und effizientes Auftreten von touristischen, wirtschaftlichen und gemeinschaftlichen Anliegen. Früher gab es einmal einen Vereinskongress, welcher 1999 aufgelöst wurde. Der Kulturspiegel, die Spiezer Agenda 21, die Schloss- und Buchtkoordinationsgruppe, der Verein Bucht und Spiezaktiv sind weitere Versuche zu diesem Thema. Spiez Tourismus war fast immer an Teilen dieser Bestrebungen mit mehr oder weniger erfolgreicher Beteiligung dabei. Spiez Tourismus und der Gewerbeverband haben verschiedene Hochs und Tiefs durchlaufen. Den privaten und halbamtlichen Bestrebungen haftete aber der Makel an, dass sie nur Teile von einem Gesamtauftrag erfüllt haben, die Resultate marginal geblieben und mehr oder weniger kläglich gescheitert sind. Erwartungsdruck und Bedarfsnachweis bestehen unbestritten bei der Gemeinde und den verschiedenen Organisationen und Vereinen. Der Gemeinderat hat hier eine Gesamtorganisation innerhalb der ganzen Gemeinde und darüber hinaus mit dem Wirtschaftsraum Thun ins Auge gefasst. Als Erstes ist ihm bei diesen Bestrebungen gelungen, aus den früher einmal drei auf eine Tourismusorganisation zu reduzieren. Dies wird von der SP-Fraktion als erster wichtiger Schritt sehr positiv bewertet. In der Vernehmlassung im März 2009 zur Spiez Marketing AG hat sich die SP ebenfalls geäussert und eine Reihe von Anträgen gestellt. Leider sind in der Botschaft nicht alle SP-Anliegen berücksichtigt worden. Das Projekt ist gut vorbereitet worden und bietet Möglichkeiten zur Weiterentwicklung. Es ist zu hoffen, dass die wichtige Freiwilligenarbeit in den verschiedenen Gruppierungen und Vereinen zu Sport, Kultur, Veranstaltungen etc. ein hoher Stellenwert zugestanden wird. Weiter muss die Hierarchie mit echter Gewaltentrennung innerhalb der AG auch bei Veränderungen gewährleistet bzw. noch weiter gemäss den eingebrachten finanziellen und praktisch erbrachten Leistungen ausgebaut werden. Die SP-Fraktion kann dem Geschäft im Grundsatz zustimmen und es ist zu hoffen, dass die Spiez Marketing AG mehr Erfolg haben wird als ihre Vorgängerinnen.

**Markus Wenger (EVP):** Die EVP-Fraktion steht hinter diesem Projekt. Dem Ausschuss, welcher die Vorbereitungsarbeiten ausgeführt hat, wird recht herzlich gedankt. Als Vorstandsmitglied von Spiezaktiv hat er gesehen, was dort alles geleistet wurde. Es ist sehr eindrücklich, wie die verschiedenen Organisationen auf ein Ziel hin zusammengearbeitet haben. Die Freiwilligen sind eine Spezies, welche frei und willig ist und viel, gern und gratis arbeitet, welche viele positive Eigenschaften und Ideen hat. Dieser Typ braucht aber zwischendurch etwas Anerkennung. Man kann sich gut vorstellen, dass an der Generalversammlung einige Freiwilligenorganisationen einen Teil des Aktionariats vertreten könnten. Dies wäre eine Möglichkeit, die Freiwilligen in die Organisation einzubinden. Dies ist heute nicht Gegenstand dieses Geschäftes sondern nur eine Anregung.

**Pia Hutzli (FS):** Die FS-Fraktion wertet den Zusammenschluss der verschiedenen Organisationen, das Bündeln der Kräfte und Zusammenlegen der Gelder für eine gemeinsame Marketing-Strategie positiv. Das Gelingen wird aber davon abhängen, wie die Vertretungen aus den verschiedenen Organisationen zusammenfinden, ihre eigenen Interessen zu Gunsten des Ganzen zurückstellen können, um eine gemeinsame Strategie zu verfolgen. Auch birgt die Struktur - Zusammenschluss und die Berücksichtigung der verschiedenen Organisationen - die Gefahr schwerfällig zu werden. Die FS-Fraktion stimmt der Reform des Ortsmarketings zu und findet die neue Organisation sollte eine Chance erhalten. Es ist zu hoffen, dass innovative Ideen daraus erwachsen und erfolgreich umgesetzt werden.

**Philippe Giesser (FDP):** Die FDP-Fraktion begrüsst das Modell Spiez Marketing AG sehr. Frage:

- Im Unternehmensmodell wird auf Seite 7 geschrieben: Effizienz im Mitteleinsatz
- In der Vorlage auf Seite 5 werden zusätzliche 40 Stellenprozente beantragt

Die FDP-Fraktion möchte erklärt haben, wie die zusätzlichen Stellenprozentage eingesetzt werden und wo der Mehrwert dieser Stellenerhöhung liegt (Fr. 50'000.00)?

**Franz Arnold:** Es hat sich gezeigt, dass mit den bisherigen 60 Stellenprozentagen kein wirkungsvolles Standortmarketing betrieben werden kann. Im Rahmen der Arbeit des Ausschusses kam man zum Schluss, dass es richtig wäre, um einen qualitativen Schritt zu machen, hier 100 Stellenprozentage einzusetzen. Es liegt danach in der Kompetenz des Verwaltungsrates wen man anstellen will und zu wie vielen Prozentagen. Es ist ganz klar erkannt worden, dass auch mehr personelle Mittel für ein gutes Standortmarketing notwendig sind. Nebst den vor drei Jahren bewilligten 60 % kommen nun zusätzlich 40 % dazu.

**Daniel Fischer:** Die Effizienz im Mitteleinsatz ist so zu verstehen, dass zur Zeit verschiedene Organisationen Geld im Ortsmarketing ausgeben (Gemeinde, Spiez Tourismus und Gewerbeverband). Diese sind neu zusammen in einer Organisation. Diese planen die Projekte und Aktivitäten gemeinsam. Man ist gezwungen sich gemeinsam eine Schwerpunktagenda aufzubauen. Auf operativer Ebene gibt es keinen Koordinationsaufwand mehr zwischen den verschiedenen Organisationen. Neu ist alles unter einem Dach. Durch dieses Fokussieren auf die Schwerpunktprojekte und dem Wegfall der Koordinationsaufgaben wird die neue AG effizienter sein. Das heisst, dass die Mittel wirksamer eingesetzt werden können. Genau quantifizieren in Franken und Rappen kann man dies jedoch zur Zeit noch nicht.

**Philippe Giesser:** Es stellt sich immer noch die Frage, warum man mehr Stellenprozentage benötigt, wenn man effizienter wird?

**Daniel Fischer:** Am meisten sparen würde die Organisation, wenn sie erst gar nicht eingesetzt würde. Sie soll aber wirksam sein, indem sie die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst wirkungsvoll einsetzt. Man hat sich überlegt, was es braucht, die geplanten Aktivitäten möglichst realistisch zu planen. Relativ schnell kam man auf eine Wirksamkeitsschwelle. Man hat auch verschiedene andere Organisationen betrachtet. Klar ist die Zielsetzung, dass die angestellten Personen weitere Mittel generieren. Dies wird Spiez auch wieder zugute kommen. Mit den Strukturen war man bisher eher kritisch unterwegs. Mit einer 60 %-Stelle im Ortsmarketing ist es relativ schwierig, entsprechende Ergebnisse zu generieren. Dies ist eine sportliche Herausforderung, dass man nach vier Jahren entsprechende Ergebnisse nachweisen kann.

**Rudolf Thomann (SVP):** Über das Spiezer Ortsmarketing ist schon sehr viel geredet, viel geschrieben und enorm viel Papier verbraucht worden. In guter Erinnerung ist die Gründungsversammlung von SpiezAktiv am 18. September 2003. Herr Egger hat, zusammen mit einer so genannten Anschubgruppe erklärt, wie Ortsmarketing gemacht wird. Sehr viele Bürgerinnen und Bürger haben es ihm abgenommen, er auch. Seither hat es vor allem viel Theoretisches zu lesen und zu hören gegeben. Greifbare Ergebnisse sind rar geblieben und in den knapp 6 Jahren ist nicht wirklich viel bewegt worden. Mit dem Erreichten kann man nicht zufrieden sein auch wenn das einige Leute anders sehen. Trotzdem möchten wir die angefangenen, teils guten Arbeiten nicht einfach bachab schicken. Die bestehende Idee zur Gründung einer Ortsmarketing AG scheint jetzt der einzig richtige Weg zu sein. In der SVP-Fraktion hat sie zwar nicht die helle Begeisterung ausgelöst. Die Dokumentation über die neue Organisation ist aus seiner Sicht so umfassend, dass man dazu neigte das Papier nicht vollumfänglich zu studieren – vielleicht wäre weniger mehr gewesen. Zu kritisieren gibt insbesondere die kurze Vernehmlassungszeit und auch, dass kaum oder gar nicht auf die Anliegen der SVP eingegangen wurde. Das heutige Ortsmarketing kann mit einem Tunnel verglichen werden, der gebaut wird und noch nicht fertig ist. Es wäre jetzt schade für alles ausgebrochene Material, wenn wir heute nein sagen würden. Die SVP-Fraktion sagt ja zu den zusätzlichen 50'000.- Franken, welche gegenüber dem heutigen Modell benötigt werden, um die Marketing AG zu gründen. Die SVP-Fraktion gibt dem Ortsmarketing eine weitere Chance.

**Philipp Zimmermann (GS):** Die GS-Fraktion ist mit dem Projekt Spiez Marketing AG nicht ganz glücklich. Der Begriff der Nachhaltigkeit taucht zwar in den Dokumenten auf, meistens aber im Zusammenhang mit nachhaltiger Vermarktung. Das zeigt, dass nicht alle das Gleiche unter Nachhaltigkeit verstehen. Die Grünen haben in der Vernehmlassung gefordert, dass verbindliche Kriterien aufgestellt werden, was Nachhaltigkeit genau heisst im Ortsmarketing. Darauf wurde leider nicht eingegangen. Es wurde auch gefordert, dass im Verwaltungsrat ein Vertreter der Nachhaltigkeit Einsitz nimmt, welcher speziell die Aufgabe übernimmt, dies zu kontrollieren. Darauf wurde leider auch nicht eingegangen. Dieser Begriff wurde zu wenig definiert und es ist vorauszusehen, dass es Probleme geben wird, da verschiedene Auffassungen über die Nachhaltigkeit bestehen. Die Freiwilligenarbeit ist für die GS-Fraktion sehr wichtig. Die Bedenken über den Einbezug der Freiwilligenarbeit sind hier noch nicht ganz ausgeräumt. Die definierten Ziele der Marketing AG lauten: die Attraktivität von Spiez als Wohnort, Arbeitsort und als Ferienort stärken. Diese verschiedenen Interessen können sich jedoch widersprechen. Man ist der Auffassung, dass dieses Projekt sehr weit geht. Es handelt sich nicht nur um Ortsmarketing, sondern um ein Ortsentwicklungsprojekt. Es ist fraglich, ob es richtig ist, die Ortsentwicklung in eine AG auszulagern. Er glaubt vielmehr, dass man in Spiez in den nächsten Jahren eine breite Diskussion darüber führen muss, was Spiez für ein Ort sein soll und wie man sich ausrichten will. Es gibt darüber verschiedene Ansichten, wie dies der letztjährige Wahlkampf gezeigt hat. Diese Diskussion muss politisch und von der Bevölkerung geführt werden. Man kann dies nicht in eine privatrechtliche AG auslagern. Im gleichen Zusammenhang stört die Zusammensetzung des Verwaltungsrates. Die Gemeinde Spiez ist zwar mit 70 % am Aktienkapital beteiligt, ist aber im Verwaltungsrat in der Minderheit mit drei Vertretern von sieben. Der externe Berater wird nicht als Gemeindevertreter gerechnet. Wir brauchen eine Diskussion an der Basis über die Ausrichtung von Spiez und diese Diskussion muss politisch geführt werden durch die demokratisch gewählten politischen Gremien. Aus all diesen Gründen kann die GS-Fraktion zum Teil nicht oder nur mit Vorbehalten dem Geschäft zustimmen.

### Allgemeine Diskussion

**Franz Arnold:** Die kurze Vernehmlassungsfrist war ein gewisses Dilemma. Auf der einen Seite war zu hören, was der Ausschuss eigentlich mache, wenn die neue Organisation auf den 1. Januar 2009 eingeführt werden soll. Danach wurde die Einführung um ein Jahr hinausgeschoben. Das Modell wurde bereits dem Gemeinderat und den betroffenen Organisationen präsentiert und es gab keinen fundamentalen Widerstand. Am 12. März 2009 gab es eine öffentliche Orientierung. Auch da gab es keinen fundamentalen Widerstand gegen dieses Projekt. Deshalb war man der Ansicht, dass es verantwortbar ist, das Tempo so festzulegen, dass man noch genügend Zeit hat, die wichtigen Vorarbeiten im zweiten Halbjahr 2009 an die Hand nehmen zu können. Auf einzelne Anliegen der Stellungnahmen der Parteien konnte nicht eingetreten werden, da es relativ schwierig war, alle Punkte gleich zu gewichten. Die Nachhaltigkeit ist für die designierten Mitglieder des Verwaltungsrates sicherlich kein Fremdwort. Man sollte aber auch irgendwo das Vertrauen haben, wenn der Gemeinderat die Nachhaltigkeit auch in seinen Strategischen Zielen aufführt. Die Gemeinde besitzt in der Generalversammlung die Mehrheit der Stimmen, nämlich im Verhältnis zum Aktienkapital. Die Organisation wird also nicht in fremde Hände gegeben. Es gibt verschiedene Möglichkeiten einzugreifen, wenn etwas falsch laufen sollte. Das Thema Freiwilligenarbeit ist für alle Mitglieder des Ausschusses sehr wichtig. Ohne Freiwillige wären Veranstaltungen wie der Läset-Sunntig oder das Seenachtsfest oder kleinere Events illusorisch. Vielleicht bietet genau diese Ortsmarketing AG eine Chance, dass man das Thema Freiwilligenarbeit vertieft betrachten kann. Es ist denkbar, eine Art Pool von Freiwilligen aufzubauen. Die Freiwilligenarbeit in der Gemeinde Spiez wird hochgehalten und die notwendige Beachtung geschenkt. Man wird versuchen, ein gutes Gefäss für diese Leute zu finden.

**Daniel Fischer:** Die Aktiengesellschaft ist ein Instrument der Gemeinde. Die Gemeinde definiert mit einem Leitbild die Vorgaben für diese AG. Es wird eine Leistungsvereinbarung zwischen Gemeinde und AG abgeschlossen. Dort werden konkrete Aufgaben und Erwartungen formuliert. In diesem Sinne ist die Hierarchie klar. Es handelt sich um ein in die politischen Strukturen eingebettetes Instrument. Anhand der Resultate kann ermittelt werden, ob die verlangte Wirkung erreicht

wurde. Die Ziele den Wohnort, den Wirtschaftsstandort und den Tourismusort zu fördern, können widersprüchlich sein. Dies ist aber in jedem Unternehmen so, dass sich die Ziele zum Teil widersprechen. Es ist ein Führungsentscheid des Verwaltungsrates, was geht und was nicht geht und dies alles unter den politischen Vorgaben. Vor diesem Hintergrund sollte man nicht Angst haben vor einer politischen Ortsentwicklungsdiskussion. Die AG ist nur für ganz spezielle Aufgaben da.

Auf die Frage von **Klaus Aegerter** erklärt **Daniel Fischer**, dass es möglich ist, dass die Verwaltungsratsmitglieder auch die Generalversammlung abhalten können. Dies ist nach Aktienrecht möglich. Die Gemeinde Spiez hat 70 % der Aktien und der Stimmkraft. Sie ist Mehrheitsaktionärin. Es ist aber auch möglich, dass weitere Personen oder Organisationen für die Generalversammlung miteinbezogen werden können. Die Gemeinde könnte auch Delegierte nominieren, welche an der Generalversammlung die Stimmen der Gemeinde vertreten. Die Mehrheitsverhältnisse bleiben aber bei beiden Varianten gleich. Man tendiert jedoch eher auf die zweite Variante mit Einbezug von weiteren Personen. Es wird Aufgabe der Eigner und des Verwaltungsrates sein, die Form der Generalversammlung zu wählen. Definitiv beschlossen ist dies noch nicht, da die AG noch nicht gegründet ist.

**Beschluss** (mit 31 : 2 Stimmen, bei 1 Enthaltung)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 31.1 a) und 39 a) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Der Grosse Gemeinderat stimmt der Gründung der Spiez Marketing AG zu.
2. Für die Zeichnung des Aktienkapitals wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 70'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt.
3. Der Spiez Marketing AG wird für die Jahre 2010 bis 2013 ein jährlicher Beitrag von Fr. 285'000.00 zugesprochen.
4. In den Jahren 2011 und 2013 erhöht sich dieser Betrag um Fr. 35'000.00 (Bucht- und Seenachtsfest).
5. Die bisherigen Beiträge an Spiez Tourismus, SPIEZAKTIV, Lokale Agenda 21, Ortsvereine Faulensee und Einigen, Wirtschaftsraum Thun, Thunersee Tourismus, Bucht- und Seenachtsfest (alle zwei Jahre) werden ab dem 01.01.2010 nicht mehr ausgerichtet.
6. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Art. 31.1 a) der Gemeindeordnung.
7. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

### **53 4.200 Ortsplanung, Ueberbauungsordnungen Ortsplanungsrevision / Verpflichtungskredit von Fr. 325'000.00**

#### **Ausführungen des Gemeinderates**

**Stefan Kocherhans:** Im Jahre 1996 wurde die letzte Ortsplanungsrevision durchgeführt. Man rechnet alle 10 - 15 Jahre wieder eine Ortsplanungsrevision durchzuführen. Der Gemeinderat hat sich auf Antrag der Umwelt- und Planungskommission für das Büro Ecoptima entschieden. Dies nicht, weil man mit dem Büro Lohner + Partner nicht zufrieden war, sondern weil man der Ansicht

war, es sei an der Zeit, die Planung und Begleitung einmal einem neuen Büro zu übertragen. Den Unterlagen kann entnommen werden, dass die Kosten tiefer ausfallen als 1996. Man kann auf diverse Unterlagen der letzten Revision zurückgreifen. Hingegen sind die Zusatzkosten für die Verwaltung mit einem Kostendach von Fr. 100'000.00 höher budgetiert, was mit der elektronischen Aufnahme der Pläne, den Farbkopien, der Urnenbotschaft, welche bereits 1996 rund Fr. 15'000.00 ausmachte und der Teuerung zusammenhängt. Der Betrag ist jedoch gut gerechnet und beinhaltet auch eine Reserve.

### **Stellungnahme der Sachkommission Umwelt/Planung**

**Markus Kiener:** Die Sachkommission Umwelt/Planung mit Susanne Kaiser, Bastian Christen und ihm, haben sich am 28. Mai 2009 vom Sachbearbeiter Planung, Ueli Schneider, über die vorgesehene Ortsplanungsrevision ins Bild setzen lassen. Als Ergänzung wird angefügt, dass die bauliche Entwicklung der letzten 15 Jahre zu einer Baulandknappheit geführt hat. Dies bedingt, dass neu Bauland eingezont werden muss. Das eingezonte Bauland war zum grössten Teil innert acht Jahren überbaut worden. Die Sachkommission Umwelt/Planung beantragt dem GGR, dem Geschäft zuzustimmen.

### **Eintreten**

Das Eintreten ist unbestritten.

### **Fraktionssprecher**

**Rudolf Thomann (SVP):** Er bittet den Planern mitzuteilen, dass bereits eine Gefahrenkarte ausgearbeitet wurde. Diese Arbeit kann übernommen werden. Diese Gefahrenkarte heisst Neptun und wurde seinerzeit von der Feuerwehr erstellt.

**Peter Beyeler (SP):** Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag für die Revision der Ortsplanung und den dafür notwendigen Kredit von Fr. 325'000.00. Fr. 325'000.00 sind keine „Peanuts“. Von diesem Betrag wird etwas erwartet. Es handelt sich um Geld, welches die Steuerzahlenden aufbringen. Es wird erwartet, dass nicht hinter verschlossenen Türen gewerkelt wird und die Bevölkerung nicht begrüsst wird. Es wird gewünscht, dass bei der Ausarbeitung dieser Zonenplanrevision die Bevölkerung miteinbezogen wird und dies keine Worthülse bleibt. Es wird eine transparente und offene Information über die Ortsplanungsrevision erwartet.

### **Allgemeine Diskussion**

Keine Wortmeldungen.

### **Beschluss** (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40.1 a) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Für die Ortsplanungsrevision wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 325'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

## 54 4.200 Ortsplanung, Ueberbauungsordnungen Uferweg Weekendweg Einigen / Verpflichtungskredit von Fr. 346'000.00

### Ausführungen des Gemeinderates

**Klaus Brenzikofer:** Die Geschichte des Weekendweges/Uferweges ist lange. Bereits 1987 hat Max Thalman einen Vorstoss für die Erstellung eines Trottoirs eingereicht. Nun liegt ein Projekt vor und zwar als Teil eines Uferweges. Der Weg muss abgegrenzt werden von der Strasse mit einem Grünstreifen. Es wird wohl aber kein Abschnitt des Uferweges, welcher für Ortsmarketingzwecke verwendet werden kann. Ob dieser Teil des Uferweges auch der totalen Nachhaltigkeit entspricht ist fraglich. Es geht um Fr. 346'000.00. Davon können rund Fr. 231'000.00 an Subventionen des Kantons erwartet werden. Es ist aber zu hoffen, dass nicht als nächstes ein Antrag betreffend verkehrsberuhigende Massnahmen auf dem Weekendweg eingereicht wird. Mit der Zustimmung des GGR kann eine weitere Lücke im Uferwegnetz der Gemeinde Spiez geschlossen werden.

### Stellungnahme der Sachkommission Bauwesen

**Walter Holderegger:** Die Sachkommission Bauwesen mit Daniel Lanz und Godi Bärtschi hat sich von Bauverwalter Heinz von Gunten das Uferwegprojekt Weekendweg erklären lassen. Auf zusätzliche Fragen betreffend Grünstreifen, Bankett und dem bekiesten Gehweg, den einzuhaltenen kantonalen Vorschriften, wie das SFG und den aktuellen Abwasservorschriften, sind befriedigende Antworten geliefert worden. Mittels Vorverträgen sind mit allen Anstössern zu einem Landpreis von Fr. 100.00 pro m<sup>2</sup> Vereinbarungen getroffen worden. Zu den zusätzlichen Werkaufgaben der WVG, BKW und Regas sind differenzierte und detaillierte Antworten abgegeben worden. Vom Kanton liegen entsprechende planerische wie finanzielle Zusicherungen vor. Die schriftliche Zusage betreffend Finanzierungszusicherung des Kantons soll in nächster Zeit eintreffen. Der Baubeginn soll nach Eintreffen der Baubewilligung durch den Regierungsstatthalter noch in diesem Sommer erfolgen. Das Geschäft hat zwar eine lange Entstehungsgeschichte, ist aber den Umständen entsprechend korrekt abgelaufen. Ausserdem wurde die Sachkommission über die noch ausstehenden Uferweg-Projekte Weidli - Tellergut - Einigen Ost informiert. Im Bereich Teller sind noch einige Hürden zu bewältigen, wahrscheinlich sogar mit dem Bemühen des Bundesgerichtes. Aus Sicht der Sachkommission Bauwesen kann das vorliegende Uferwegprojekt nach Abzug der Subventionen aus dem SFG-Fonds von mindestens 60 % und damit mit einem Nettoaufwand von Fr. 154'500 zur Annahme empfohlen werden.

### Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

### Fraktionssprecher

**Peter Kislig (SVP):** Nach langem hin und her, kann nun das Teilstück Uferweg Weekendweg unter der Voraussetzung, dass dem Kredit heute zugestimmt wird, endlich realisiert werden. Die SVP-Fraktion hat sich mit diesem Geschäft befasst und festgestellt, dass es sich um einen relativ happigen Betrag für die knapp 500 m handelt. Dank 60 % Subvention aus dem SFG-Fonds ist die finanzielle Belastung für die Gemeinde etwas erträglicher. Man muss sich aber bewusst sein, dass das Geld aus diesem Fonds nicht vom Himmel gefallen ist. Weiter wurde festgestellt, dass der Weg nicht unbedingt den Vorgaben des See- und Flussufergesetzes entspricht. Für die SVP-Fraktion handelt es sich jedoch um eine vernünftige Lösung. Es ist zu hoffen, dass für die weiteren umstrittenen Abschnitte auch vernünftige Lösungen zwecks rascher Realisierung gefunden werden können. Die SVP-Fraktion kann dem Verpflichtungskredit zustimmen. Als Einzelsprecher gibt er dem Gemeinderat und dem Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) folgendes Stichwort mit: Viele Wege führen nach Rom oder anders ausgedrückt nicht nur ein Weg führt von der Ländte Einigen zum Weidli.

## Allgemeine Diskussion

**Barbara Gradwell:** Es ist wichtig, dass der Fussweg am Weekendweg nun endlich realisiert werden kann. In den letzten Jahren wurden am Weekendweg mehrere Einfamilienhäuser erstellt und es sind Familien mit Kindern zugezogen. Ausserdem hat es viel Industrie mit Lastwagenverkehr. Es ist deshalb gut, wenn mit diesem Fussweg mehr Sicherheit geschaffen wird.

**Martin Fink:** Auch er setzt sich für die Bäuerl Einigen ein. Er möchte den GGR-Mitgliedern ans Herz legen, hier ein Zeichen zu setzen, damit man in der ganzen Geschichte der Uferwege einen Schritt vorwärts machen könnte. Er hofft deshalb auf die Zustimmung zu diesem Geschäft.

## Beschluss (mit grossem Mehr, bei 1 Enthaltung)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40.1 a) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Das Projekt Erstellung Uferweg Weekendweg, Einigen, des Ingenieurbüros Kissling + Zbinden wird genehmigt.
2. Für die Erstellung des Uferweges Weekendweg, Einigen, wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 346'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

## 55 1.401 Gemeindepräsident Informationen des Gemeindepräsidenten

### Strategische Ziele und Massnahmen des Gemeinderates

**Franz Arnold:** Den GGR-Mitgliedern wurden die Strategischen Ziele und Massnahmen des Gemeinderates verteilt. Mit diesen Zielen hat sich der Gemeinderat zusammen mit den Abteilungsleitern an einer Klausursitzung befasst. Bereits im letzten Jahr hat er darauf hingewiesen, dass der Gemeinderat von den Legislaturzielen zu den Strategischen Zielen gewechselt hat. Diese Ziele werden jährlich überprüft. Die Unterlagen werden den GGR-Mitgliedern jeweils im Juni zur Kenntnis gebracht. Diese Zielsetzungen werden auch den Kommissionsmitgliedern unterbreitet. Ziel ist es, dass diese Ziele bei allen Behördevertretern bekannt sind und Entscheidungen gestützt darauf gefällt werden.

### Raumbedarf Gemeindeverwaltung

Der Raumbedarf der Verwaltung (vor allem für die Sozialen Dienste) muss gelöst werden. Gleichzeitig wird auch eine Raumlösung für die Bibliothek/Ludothek angestrebt. In diesem Zusammenhang war ein Mietverhältnis in der ehemaligen Hirschliegenschaft mit der Firma Alcasar vorgesehen. Gestützt auf die Entwicklung in letzter Zeit und dass die Raumfrage ganzheitlich betrachtet werden muss, konnte die Frist der Firma Alcasar bis Ende Mai nicht eingehalten werden. Da die Situation der Raumverhältnisse relativ prekär ist, wird im südöstlichen Teil neben der Gemeindeverwaltung für fünf Arbeitsplätze ein Bürocontainer aufgestellt. Diese Lösung kann ab 1. September 2009 zur Verfügung gestellt werden. Über die weiteren Schritte bezüglich Raumfrage Bibliothek/Ludothek wird der GGR laufend informiert.

## **Freiwilliger Schulsport / Motion B. Gradwell (EDU)**

Die Motion wird erst anlässlich der nächsten GGR-Sitzung vom 14. September 2009 behandelt. Dies nach Absprache mit der Motionärin Barbara Gradwell. Die Frist von sechs Monaten für die Behandlung der Motion wird um 10 Tage überschritten.

## **Projekt Wärmeverbund**

**Stefan Kocherhans:** Bevor über den Wärmeverbund orientiert wird, möchte er noch eine Berichtigung anfügen. Im Zeitungsbericht des Berner Oberländers zur Ausschreibung des Wärmeverbundes war zu lesen, dass eine Arbeitsgruppe der Umwelt- und Planungskommission und die Umwelt- und Planungskommission selber dem Gemeinderat beantragt haben, das Angebot der BKW/AVAG zu berücksichtigen. Dies ist nicht richtig, denn die Umwelt- und Planungskommission hat dem Gemeinderat beantragt, das Projekt der Firma ebl zu berücksichtigen. Nach längerer Diskussion hat der Gemeinderat anders entschieden. Dies mit folgender Begründung:

Für die Erarbeitung eines Vorprojektes Wärmeverbund Spiez mit erneuerbarer Energie wird das Angebot der BKW FMB Energie AG / AVAG AG berücksichtigt. Ausschlaggebend für die Wahl dieses Angebotes ist der gesicherte Standort der Heizzentrale im Gebiet Nitrochemie/Schluckhals, Spiezwiler. Im Weiteren wurde auch berücksichtigt, dass sowohl die BKW Energie AG wie auch die AVAG AG verlässliche Partner und Arbeitgeber aus der Region sind. Die Gemeinde Spiez ist an beiden Unternehmungen als Aktionärin beteiligt.

## **Projektentwicklung**

Die BKW wird nun folgende Punkte erarbeiten:

- Wahl der denkbaren Energieträger
- Standort Heizzentrale (Einer/mehrere, autonom, möglicher Anschluss an Energieverbund Wimmis/Spiez)
- Verteilnetz
- Wärmebezüger
- Nachhaltigkeit (ökologisch, wirtschaftlich, langfristige Versorgungssicherheit)

## **Nächste Information im GGR**

Die Erarbeitung der oben genannten Punkte wird bis im Februar 2010 die Fragen und Unsicherheiten beantworten und bildet die Grundlage für den eventuellen weiteren Planungsentscheid.

## **56 1.304 Einfache Anfragen**

### **Verschiebung Datum Läset-Sunntig / EA B. Gradwell (EDU)**

#### **Ausführungen des Gemeinderates**

**Franz Arnold:** Das Anliegen der Einfachen Anfrage war, dass sich der Gemeinderat beim Vorstand des Vereins Läsetsunntig dafür einsetzt, das Datum des Läsetsunntigs ausserhalb oder am Rande der neuen Schulferien anzusetzen. Wie der Aufstellung des Gemeinderates entnommen werden kann, wird das Anliegen bis ins Jahr 2013 erfüllt. In den Folgejahren 2014 und 2015 kann man dem Anliegen nicht gerecht werden. Das Gespräch mit dem Präsidenten des Vereins Läsetsunntig hat ergeben, dass das Durchführungsdatum so belassen wird. In den beiden Jahren 2014 und 2015 muss der Nachteil in Kauf genommen werden. Auf den Bettag kann der Läsetsunntig nicht verschoben werden. Ab 2016 wird der Läsetsunntig wieder normal vor den Ferien stattfinden. Eine Verschiebung wird nicht vorgenommen, da sich die Leute an das Datum gewöhnt haben. Der Aufwand rund um den Läsetsunntig ist relativ gross, wenn man an die Schausteller und die übrigen Gewerbebetriebe denkt. Aus diesem Grund sollen die Daten so belassen werden.

**Barbara Gradwell** zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

## 57 1.304 Einfache Anfragen Reduktion der Schulleitungen / EA B. Gradwell (EDU)

**Barbara Gradwell:** Bei der letzten Überarbeitung des Schulreglements wurde im Jahr 2004 in jedem Schulhaus der Gemeinde Spiez eine Schulhausleitung eingesetzt. Diese Art von Schulleitung bedeutete für unsere Primarschulhäuser eine deutliche Qualitätssteigerung und brachte für die Lehrkräfte, sowie für Eltern und Schüler viele Vorteile: Der Schulhausleiter kannte die Schüler, Eltern und Lehrkräfte seines Schulhauses persönlich und berücksichtigte bei seiner Aufgabe auch die ortsspezifischen und geografischen Gegebenheiten. Problemsituationen konnten durch diese direkte Leitung frühzeitig erkannt, angepackt und dementsprechend effektiv gelöst werden. Der Gemeinderat plant nun - nachdem der erste Schritt in der Umgestaltung des Schulleitungsmodells mit der Anstellung eines Hauptschulleiters per Schuljahr 2009/10 bereits vollzogen worden ist - auf das Schuljahr 2010/11 die Anzahl Schulleitungen zu reduzieren. Das bedeutet, dass in Zukunft an unseren Primarschulhäusern ein Schulleiter mindestens zu 50% Schulleitungsfunktionen übernehmen muss und er gleichzeitig an mehreren Schulhäusern die Leitung innehaben wird.

### Fragen

1. Welches ist die genaue Strategie und der Zeitplan des Gemeinderates beim zweiten Schritt der Umstrukturierung des Schulleitungsmodells (Reduktion der Schulleitungen)?
2. Nach welchen Kriterien werden die Schulleitungen zusammengelegt und was passiert mit überzähligen Schulleitern?
3. Wie wird ein Schulleiter in Zukunft die ortsspezifischen und geografischen Gegebenheiten eines Schulhauses kennen und berücksichtigen können, wenn er gleichzeitig an mehreren, unter Umständen sehr unterschiedlichen, Schulhäusern leiten und unterrichten muss?
4. Wird das neue System bei den Schulleitern nicht zwangsläufig zu einer Verzettelung der Kräfte und einer deutlichen Qualitätseinbusse an unseren Primarschulhäusern führen?

Die Einfache Anfrage wird anlässlich der nächsten Sitzung beantwortet.

## 58 1.304 Einfache Anfragen 2-jähriger Kindergartenbesuch / EA P. Hutzli (FS)

**Pia Hutzli:** Beim Studium des Verwaltungsberichts 2008 der Gemeinde Spiez stiess ich bei der Auflistung der parlamentarischen Vorstösse des vergangenen Jahres auf das Postulat „2-jähriger Kindergarten“, das Ruth Michel im August 2001 eingereicht hat. Aufgrund des Postulats hat damals der Grosse Gemeinderat der Eröffnung eines weiteren Kindergartens im Zentrum von Spiez zugestimmt. Dieser Kindergarten wurde damals im Spiezmoos eröffnet. Das Postulat ist aber immer noch als pendent aufgeführt, da noch immer nicht allen 5-jährigen Kindern Platz im Kindergarten geboten werden kann. Wie die Entwicklung zeigt, ist das Bedürfnis nach zwei Jahren Kindergarten in den letzten Jahren stetig gewachsen. Heute besuchen rund 60 % der 5-jährigen Kinder den Kindergarten. Da der Wunsch nach Frühförderung wächst, mussten auch dieses Jahr Gesuche für einen 2-jährigen Kindergartenbesuch aus Platzgründen abgelehnt werden. Sehr stark davon betroffen war das Bürgquartier. Die Eltern reagierten auf die Ablehnung mit Unverständnis. Spiez, das sich als familienfreundlich gibt, kann nur zum Teil einen 2-jährigen Kindergartenbesuch ermöglichen. Kann sich Spiez das leisten? Das HarmoS-Konkordat steht vor der Tür. Die Harmonisierung der Volksschule sieht vor, die obligatorische Schulzeit auf 11 Jahre zu verlängern. Zu den bisherigen 9 Schuljahren werden zwei Jahre Kindergarten hinzugefügt. Zusammen mit der 1./2. Klasse wird daraus die Eingangsstufe. Wir wissen zurzeit noch nicht, ob der Kanton Bern dem HarmoS-Konkordat zustimmen oder es ablehnen wird. Aber auch eine allfällige Ablehnung des HarmoS-Konkordats würde am Bedürfnis der Eltern in der Gemeinde Spiez nach zwei Jahren Kindergarten nichts ändern. Dies belegen die zahlreichen Gesuche. Auch eine Annahme würde bedeuten, dass die Eltern noch einige Jahre warten müssten, bis die Eingangsstufe umgesetzt wäre. Der Bedarf an zusätzlichen Plätzen für zwei Jahre Kindergarten ist aber bereits heute da. Ich möchte nun anfragen, was der Gemeinderat in Bezug zur Umsetzung des 2-jährigen Kindergartens plant.

Die Einfache Anfrage wird anlässlich der nächsten Sitzung beantwortet.

## 59 1.304 Einfache Anfragen Aufenthalt Team Kanada in Spiez / EA U. Maibach (SVP)

**Urs Maibach:** Während der Eishockey WM in Bern und Kloten war die Nationalmannschaft Kanadas, das Mutterland des Eishockeys und spätere Vize-Weltmeister, in Spiez untergebracht. Weder der Gemeinderat noch unsere Tourismusorganisation haben sich spürbar darum gekümmert, diese Tatsache für die Gemeinde Spiez zu nutzen. Hier wurde eine grosse Chance verpasst, den schon legendären „Geist von Spiez“ erneut aufleben zu lassen.

1. Wird der Gemeinderat auch in Zukunft solche Chancen ungenutzt verstreichen lassen?
2. Wird der Gemeinderat zukünftig die Tourismusorganisationen und das Ortsmarketing mit Nachdruck auffordern solche Gelegenheiten um Werbung für Spiez zu nutzen?
3. Welche Aktivitäten sind von Seiten des Gemeinderates und der Gemeinde geplant, während der Segel WM der Tempestklasse (immerhin eine olympische Bootsklasse) geplant um das „Produkt Spiez“ in die Welt hinaus zu tragen?

### Antwort des Gemeinderates

**Franz Arnold:** Die Ankündigung, dass das Team Kanada in Spiez untergebracht sein wird, kam relativ kurzfristig. In Absprache mit dem Direktor des Hotels Eden wurden rasch Kanada-Flaggen an den Strassen aufgehängt und abgeklärt, was und welche Aktionen seitens der Gemeinde wünschenswert wären. Bei einer gemeinsamen Aktion wurde das Team Kanada auf den Niesen eingeladen. Hier hat er dem Team den legendären „Geist von Spiez“ näher gebracht. Für die meisten Spieler war der Ausflug auf den Niesen ein sehr eindrückliches Erlebnis. Auch bei anderen Anlässen oder Kongressen mit internationalen Teilnehmern wird versucht, Spiez als Feriendestination zu verkaufen. Dem GGR wird für das Vertrauen bei der Behandlung des Geschäftes Spiez Marketing AG gedankt. Die neue Organisation wird genau in diesem Bereich versuchen, seine Aktivitäten nachhaltig und aufsässig zu betreiben. Anlässlich der Segel-WM in Spiez wird es sicherlich einen Auftritt eines Gemeinderatsmitgliedes geben. Seitens des Tourismus wird ebenfalls versucht, etwas zu unternehmen. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass an diesem Anlass vor allem Schweizer und Deutsche Boote teilnehmen werden

**Urs Maibach** zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

## 60 1.473 Patengemeinde Auflösung Partnerschaft Prachatice / EA J. Staudenmann (SVP)

**Jürg Staudenmann:** Der Gemeinderat hat die Partnerschaft mit der Stadt Prachatice aufgelöst. Die Ortsschilder der Gemeinde Spiez weisen nach wie vor auf diese Partnerschaft hin. Gedenkt der Gemeinderat nun, die Ortsschilder entsprechend ändern zu lassen und wann kann mit einer Änderung gerechnet werden.

### Antwort des Gemeinderates

**Franz Arnold:** Die Auflösung der Partnerschaft war nicht für alle Leute nachvollziehbar. Der Gemeinderat hat sie aus sachlichen und nüchternen Gründen aufgelöst. Die Schilder sollen in nächster Zeit entfernt werden.

**Jürg Staudenmann** zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

## **61 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen** **Schulhaus Räumli / Motion SVP-Fraktion (J. Staudenmann)**

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. Für die Liegenschaft Schulhaus Räumli (soweit Teil des Finanzvermögens, das heisst der an den Kanton vermietete Teil, zurzeit belegt von der Schlossbergschule) möglichst rasch einen Investor zu suchen.
2. Dem GGR den Entwurf des Kaufvertrages bis spätestens Ende 2011 vorzulegen.

### **Begründung**

Seit Jahren wirft die Liegenschaft Räumli dank dem ausgezeichneten Mietvertrag mit dem Kanton Bern einen guten Ertrag ab. Dieser Mietvertrag läuft im Jahr 2014 aus.

- Es ist höchstwahrscheinlich, dass der Kanton diesen Vertrag aus folgenden Gründen nicht mehr verlängern dürfte:
  - Der Bedarf an Schulraum sinkt im Kanton Bern stark, dies wegen dem Rückgang der Schüler- und Schülerinnenzahlen. Der Rückgang dürfte sich gerade gegen Ablauf des erwähnten Mietvertrages akzentuieren (z. B. wird schon auf Ende des nächsten Schuljahr in Faulensee eine Schulklasse geschlossen).
  - Der Kanton verfügt über genügend eigenen Schulraum. Es sei darauf hingewiesen, dass der Kanton in Thun (beim Standort des Gymnasiums Schadau neuen Schulraum erstellt; die im Schulhaus Räumli untergebracht werden). Er wird somit auf anderen, zugemieteten Schulraum erstellt; die im Schulhaus Räumli untergebrachten Klassen können somit ohne weiteres in Thun untergebracht werden). Es wird somit auf anderen, zugemieteten Schulraum (wie es das Schulhaus Räumli darstellt) aus Kostengründen verzichtet. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass der Kanton wegen der Rezession nächste Sparpakete plant (mit dem nächsten Paket soll – laut gut unterrichteten Quellen – 500 Millionen Franken gespart werden).
  - Ein Verkauf des Schulhauses Räumli, während dem der Mietvertrag noch in Kraft ist, ergibt sicher einen sehr guten Erlös.
  - Dank diesem Verkauf können andere wichtige Projekte der Gemeinde Spiez realisiert werden, die wegen Geldmangel scheitern (z. B. Bibliothek, Realisierung von Büroräumlichkeiten für die Gemeindeverwaltung etc.).
  - Es wäre schlussendlich total illusorisch und weltfremd, zu glauben, der Kanton würde, gesetzt der Fall, er würde den Mietvertrag überhaupt noch verlängern, zu einer einigermaßen kostendeckenden Miete Hand bieten.
- Die Gemeinde Spiez verfügt über weitaus genügend Schulraum für ihre eigenen Bedürfnisse (wegen bevorstehenden Klassenschliessungen wächst das zur Verfügung stehende Raumangebot noch weiter an). Dieser Schulraum wurde in den letzten Jahren zudem baulich - soweit notwendig – renoviert bzw. neu erstellt (z. B. Schulhaus Faulensee). Ein Eigenbedarf der Gemeinde für den Teil des vermieteten Schulhauses Räumli entfällt somit.

Der vermietete Teil des Schulhauses Räumli befindet sich im Finanzvermögen der Gemeinde Spiez. Liegenschaften des Finanzvermögens müssen eine genügende Rendite abwerfen, ansonsten ist eine solche Liegenschaft rechtzeitig abzustossen; insbesondere trifft dies dann zu, wenn für eine Liegenschaft inskünftig kein Verwendungszweck mehr besteht bzw. die Gefahr droht, sie nicht mehr vermieten zu können.

Es ist im Weiteren gerade die Hauptaufgabe der Legislative, strategische Entscheide rechtzeitig zum Wohle der Gemeinde zu treffen. Ein solcher Beschluss ist im konkreten Fall klar indiziert.

Der Motionär: J. Staudenmann und 7 Mitunterzeichnende.

**Die Vorsitzende** fasst die Sitzung wie folgt zusammen:

Es war eine Sitzung, wo politisches Urgestein gesprochen hat, wir haben von Neptun gehört, wir waren geistig nicht nach Rom, sondern nur bis ins Weidli gewandert, wir haben uns die Vorstellung gemacht, wie es wäre, wenn wir Fussballtrainer wären, welcher die Spieler selber einkaufen kann, vielleicht haben wir uns überlegt wie es wäre, wenn wir Lehrer entlassen könnten und dass es nicht sehr angenehm ist zum Zahnarzt zu gehen, man es aber ab und zu doch machen sollte. Bei einigen Voten oder Abstimmungen fühlte man sich wohl etwas im falschen Film. Was sicher ist, dass der Sommer vor der Türe steht und sie würde sich freuen, wenn anlässlich der 1. August-Feier in der Bucht auch einige GGR-Mitglieder begrüsst werden könnten. Sie würde diesen dann eine Bratwurst spendieren. Dies wird sie auch der Bevölkerung von Einigen und Faulensee ermöglichen, indem sie ihr „Portokässeli“ geplündert hat. Sie wird auch schauen, dass es dazu noch etwas Gesundes geben wird. Sie wünscht allen einen schönen Sommer und freut sich auf die nächste Sitzung im September.

Schluss der Sitzung: 22.00 Uhr

**NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES**

Die Präsidentin

Der Protokollführer

U. Zybach

A. Zürcher